

1985**Ausgegeben zu Bonn am 18. Januar 1985****Nr. 2**

Tag	Inhalt	Seite
14. 1. 85	Gesetz zu dem Europäischen Übereinkommen vom 17. Oktober 1980 über die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen bei vorübergehendem Aufenthalt	58
14. 1. 85	Gesetz zu dem Vertrag vom 13. März 1984 zur Änderung der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften bezüglich Grönlands	73
11. 12. 84	Bekanntmachung der deutsch-isländischen Vereinbarung über die Außerkraftsetzung des Handelsabkommens vom 20. Mai 1954 und über die Bildung eines Regierungsausschusses für Wirtschaftsfragen	76
12. 12. 84	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Zentralafrikanischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit	77
12. 12. 84	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar über Finanzielle Zusammenarbeit ..	79
13. 12. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen	81
13. 12. 84	Bekanntmachung von Änderungen der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst	81
17. 12. 84	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch über Finanzielle Zusammenarbeit	82
17. 12. 84	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Republik Tansania über Finanzielle Zusammenarbeit	84
17. 12. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt	87
17. 12. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen	87
18. 12. 84	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Kongo über Finanzielle Zusammenarbeit	88
19. 12. 84	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Peru über Finanzielle Zusammenarbeit	89
20. 12. 84	Bekanntmachung zu dem Übereinkommen über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP)	91
20. 12. 84	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Jamaika über Finanzielle Zusammenarbeit	91
21. 12. 84	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit	93
21. 12. 84	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrags zur Änderung des deutsch-österreichischen Vertrags über zoll- und paßrechtliche Fragen, die sich an der deutsch-österreichischen Grenze bei Staustufen und Grenzbrücken ergeben	95
29. 12. 84	Bekanntmachung über die Verlegung des Sitzes des Obersten Rückerstattungsgerichts von Herford nach München	95

Gesetz
zu dem Europäischen Übereinkommen vom 17. Oktober 1980
über die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen
bei vorübergehendem Aufenthalt

Vom 14. Januar 1985

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates
das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Genf am 11. Februar 1983 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Europäischen Übereinkommen vom 17. Oktober 1980 über die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen bei vorübergehendem Aufenthalt und der Schlußakte der Regierungskonferenz zur Annahme des Übereinkommens wird zugestimmt. Das Übereinkommen und die Schlußakte werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 4 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und
wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 14. Januar 1985

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Norbert Blüm

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

Europäisches Übereinkommen über die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen bei vorübergehendem Aufenthalt

European Agreement concerning the provision of medical care to persons during temporary residence

Accord européen concernant l'octroi des soins médicaux aux personnes en séjour temporaire

Die Unterzeichnerstaaten dieses Übereinkommens –

im Hinblick auf die einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz über die Sicherheit und die Zusammenarbeit in Europa,

in Bekräftigung der Empfehlungen der Europäischen Regionalkonferenzen der Internationalen Arbeitsorganisation betreffend die Entwicklung der Zusammenarbeit im Bereich der Sozialen Sicherheit,

in Anbetracht der Bedeutung der zu lösenden Probleme der Sozialen Sicherheit, die sich ergeben aus den zunehmenden wechselseitigen Beziehungen zwischen diesen Staaten und aus der zunehmenden Zahl von Personen, die sich vorübergehend im Hoheitsgebiet eines anderen Staates als desjenigen aufhalten, nach dessen Rechtsvorschriften sie Anspruch auf ärztliche Betreuung haben –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Für die Anwendung dieses Übereinkommens

- a) bedeutet der Ausdruck „Vertragspartei“ jeden Staat, der eine Ratifikationsurkunde hinterlegt hat;
- b) bedeutet der Ausdruck „Rechtsvorschriften“ die Gesetze, Verordnungen und Satzungen über die Systeme der Sozialen Sicherheit einschließlich der öffentlichen Gesundheitsdienste, die im Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Übereinkommens im gesamten Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei oder in einem Teil davon in Kraft sind oder danach in Kraft treten und die Gewährung ärztlicher Betreuung regeln;

The States signatory to this Agreement,

Considering the pertinent clauses of the Final Act of the Conference on Security and Co-operation in Europe,

Recalling the recommendations of the European Regional Conferences of the International Labour Organisation on the development of co-operation in the field of social security,

Bearing in mind the importance of the problems of social security requiring solutions in the light of the expansion of mutual links among those States and of the number of persons temporarily resident in the territory of a State other than the one whose legislation entitles them to medical care,

Have agreed on the following provisions:

Article 1

For the purposes of this Agreement –

- (a) the term “Contracting Party” means any State which has deposited an instrument of ratification;
- (b) the term “legislation” means any laws, regulations and other statutory instruments which are in force at the time of signature of this Agreement or may enter into force subsequently in the whole or any part of the territory of each Contracting Party and which relate to social security schemes governing the provision of medical care, including national health services;

Les Etats signataires du présent Accord,

Considérant les clauses pertinentes de l'Acte final de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe;

Rappelant les recommandations des Conférences régionales européennes de l'Organisation internationale du Travail sur le développement de la coopération dans le domaine de la sécurité sociale;

Tenant compte de l'importance des problèmes de sécurité sociale à résoudre en raison de l'extension des liens mutuels entre ces Etats et du nombre de personnes en séjour temporaire sur le territoire d'un Etat autre que celui en vertu de la législation duquel elles ont droit aux soins médicaux,

Sont convenus des dispositions suivantes:

Article 1

Aux fins de l'application du présent Accord:

- a) les termes «Partie Contractante» désignent tout Etat ayant déposé un instrument de ratification;
- b) le terme «législation» désigne les lois, les règlements et les dispositions statutaires qui sont en vigueur à la date de la signature du présent Accord ou entreront en vigueur ultérieurement sur l'ensemble ou sur une partie quelconque du territoire de chaque Partie Contractante, concernant les régimes de sécurité sociale qui régissent l'octroi des soins médicaux, y compris les services nationaux de santé;

- c) bedeutet der Ausdruck „Abkommen über Soziale Sicherheit“ jede zweiseitige Übereinkunft und der Ausdruck „Übereinkommen über Soziale Sicherheit“ jede mehrseitige Übereinkunft, die für die Gewährung der ärztlichen Betreuung ausschließlich zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien jetzt oder künftig in Kraft ist, und jede solche mehrseitige Übereinkunft, die für die Gewährung der ärztlichen Betreuung für mindestens zwei Vertragsparteien und einen oder mehrere andere Staaten jetzt oder künftig in Kraft ist;
- d) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“ den Minister, die Minister oder die entsprechende Behörde, die für die Rechtsvorschriften jeder Vertragspartei im gesamten Hoheitsgebiet oder in einem Teil davon zuständig sind;
- e) bedeutet der Ausdruck „zuständiger Träger“:
- i) wenn es sich um ein Sozialversicherungssystem handelt, den Träger der Vertragspartei, bei dem für die in Betracht kommende Person Anspruch auf ärztliche Betreuung besteht oder bei dem für sie Anspruch auf ärztliche Betreuung bestünde, wenn sie sich im Hoheitsgebiet dieser Partei befände;
 - ii) wenn es sich um ein anderes System als ein Sozialversicherungssystem handelt, den von der zuständigen Behörde der betreffenden Vertragspartei bezeichneten Träger;
- f) bedeutet der Ausdruck „zuständiger Staat“ die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet der zuständige Träger seinen Sitz hat;
- g) bedeutet der Ausdruck „Aufenthalt“ den vorübergehenden Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei als des zuständigen Staates, begrenzt durch die Dauer, die gegebenenfalls nach den innerstaatlichen Regelungen der erstgenannten Vertragspartei vorgeschrieben ist;
- h) bedeutet der Ausdruck „Träger des Aufenthaltsorts“ den Träger, der nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, die für diesen Träger gelten, für die Gewährung ärztlicher Betreuung an dem Ort zuständig ist, an dem die in Betracht kommende Person sich vorübergehend aufhält;
- i) umfaßt der Ausdruck „ärztliche Betreuung“ die bei Krankheit, Unfall oder Mutterschaft erforderliche ärztliche Betreuung;
- j) bedeutet der Ausdruck „absolut dringliche Fälle“ die Fälle, in denen die Gewährung ärztlicher Betreuung oder
- (c) the term "social security convention" means any bilateral or multilateral agreement by which, in the field of medical care, two or more Contracting Parties are, or may subsequently be, bound exclusively, and any multilateral agreement by which at least two Contracting Parties and one or more other States are, or may subsequently be, bound;
- (d) the term "competent authority" means the minister, ministers or other corresponding authority responsible for the application of the legislation of each Contracting Party in all or any part of the territory of that Party;
- (e) the term "competent institution" means –
- (i) in relation to a social insurance scheme, the institution of the Contracting Party to which the person concerned is able to prove that he is entitled to receive medical care or would be able to prove that he is so entitled if he were in the territory of that Party;
 - (ii) in relation to a scheme other than a social insurance scheme, the institution designated by the competent authority of the Contracting Party in question;
- (f) the term "competent State" means the Contracting Party in whose territory the competent institution is situated;
- (g) the term "temporary residence" means a temporary stay in the territory of a Contracting Party other than the competent State within the limits of such period as may be prescribed by the national regulations of the first Party, should such exist;
- (h) the term "institution of the place of temporary residence" means the institution empowered to provide medical care at the place where the person concerned is temporarily resident, according to the legislation of the Contracting Party which this institution applies;
- (i) the term "medical care" covers medical care required in cases of accident, illness or pregnancy;
- (j) the term "cases of absolute urgency" means cases where the provision of medical care or allied
- e) les termes «convention de sécurité sociale» désignent tout accord bilatéral ou multilatéral qui lie ou liera exclusivement deux ou plusieurs Parties Contractantes, ainsi que tout accord multilatéral qui lie ou liera au moins deux Parties Contractantes et un autre Etat ou plusieurs autres Etats quant à l'octroi des soins médicaux;
- d) les termes «autorité compétente» désignent le ministre, les ministres ou l'autorité correspondante dont relève la législation de chaque Partie Contractante, sur l'ensemble ou sur une partie quelconque du territoire de cette Partie;
- e) les termes «institution compétente» désignent:
- i) s'il s'agit d'un régime d'assurance sociale, l'institution de la Partie Contractante auprès de laquelle l'intéressé peut faire valoir un droit aux soins médicaux ou auprès de laquelle il pourrait faire valoir un tel droit, s'il se trouvait sur le territoire de cette Partie;
 - ii) s'il s'agit d'un régime autre qu'un régime d'assurance sociale, l'institution désignée par l'autorité compétente de la Partie Contractante en cause;
- f) les termes «Etat compétent» désignent la Partie Contractante sur le territoire de laquelle se trouve l'institution compétente;
- g) le terme «séjour» désigne le séjour temporaire sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent, dans la limite de la durée prescrite, le cas échéant, par la réglementation nationale de la première Partie;
- h) les termes «institution du lieu de séjour» désignent l'institution habilitée à accorder les soins médicaux au lieu où l'intéressé séjourne, selon la législation de la Partie Contractante que cette institution applique;
- i) les termes «soins médicaux» couvrent les soins médicaux requis en cas de maladie, d'accident ou de maternité;
- j) les termes «cas d'urgence absolue» désignent les cas dans lesquels l'octroi des soins médicaux ou des

damit verbundener Leistungen nicht ohne Gefahr für Leben oder Gesundheit der betreffenden Person aufgeschoben werden kann.

benefits cannot be deferred without endangering the life or health of the person concerned.

prestations connexes ne peut être différé sans mettre en danger la vie ou la santé de l'intéressé.

Artikel 2

(1) Dieses Übereinkommen gilt für alle Personen, für die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei Anspruch auf ärztliche Betreuung besteht oder für die nach diesen Rechtsvorschriften Anspruch auf ärztliche Betreuung bestünde, wenn sie sich im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei befänden.

(2) Bestehen jedoch nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei mehrere Systeme für die Gewährung ärztlicher Betreuung, so kann diese Vertragspartei in Anhang I diejenigen nach ihren Rechtsvorschriften bestehenden Systeme für die Gewährung ärztlicher Betreuung bezeichnen, für die dieses Übereinkommen in ihren Beziehungen mit jeder anderen Vertragspartei gilt, mit der sie die Anwendung von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b oder Buchstabe c vereinbart hat.

(3) Jede in Betracht kommende Vertragspartei notifiziert nach Artikel 18 Absatz 1 jede an Anhang I vorzunehmende Änderung.

Article 2

1. The provisions of this Agreement shall be applicable to all persons who can claim medical care under the legislation of a Contracting Party or who would be able to claim such care under that legislation if they were in the territory of that Party.

2. However, if the legislation of a Contracting Party embraces several medical care systems, that Party may specify in Annex I the medical care systems covered by its legislation and to which this Agreement is applicable, in its relations with any other Contracting Party with whom it has agreed to apply the provisions of Article 6, paragraph 1, subparagraphs (b) or (c).

3. Each Contracting Party concerned shall, in accordance with the provisions of Article 18, paragraph 1, notify any amendment to Annex I.

Article 2

1. Sont admises à bénéficier des dispositions du présent Accord toutes les personnes qui peuvent faire valoir un droit aux soins médicaux en vertu de la législation d'une Partie Contractante ou qui pourraient faire valoir un droit aux soins médicaux en vertu de la législation de cette Partie, si elles se trouvaient sur son territoire.

2. Toutefois, si la législation d'une Partie Contractante comporte plusieurs régimes de soins médicaux, cette Partie peut préciser à l'annexe I les régimes de soins médicaux prévus par sa législation et auxquels le présent Accord est applicable, dans ses relations avec toute autre Partie Contractante avec laquelle elle est convenue d'appliquer les dispositions de l'alinéa b) ou de l'alinéa c) du paragraphe 1 de l'article 6.

3. Chaque Partie Contractante intéressée notifiera, conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article 18, tout amendement à apporter à l'annexe I.

Artikel 3

(1) In den Beziehungen zwischen Vertragsparteien tritt dieses Übereinkommen an die Stelle der entsprechenden Bestimmungen jeder anderen zwei- oder mehrseitigen Übereinkunft über Soziale Sicherheit, sofern diese Bestimmungen im Einvernehmen der betreffenden Vertragsparteien in Anhang II aufgeführt sind.

(2) Die betreffenden Vertragsparteien notifizieren einvernehmlich, soweit es sie betrifft, nach Artikel 18 Absatz 1 jede an Anhang II vorzunehmende Änderung.

Article 3

1. In the relations between Contracting Parties, this Agreement replaces the corresponding provisions of any social security convention, provided that such provisions, by mutual agreement between the Contracting Parties concerned, are mentioned in Annex II.

2. The Contracting Parties concerned, by mutual agreement, shall give notice, in respect of themselves, in accordance with the provisions of Article 18, paragraph 1, of any amendment to be made to Annex II.

Article 3

1. Le présent Accord se substitue aux dispositions correspondantes de toute convention de sécurité sociale, dans les relations entre Parties Contractantes, à condition que ces dispositions soient mentionnées à l'annexe II, d'un commun accord entre les Parties Contractantes en cause.

2. Les Parties Contractantes en cause notifieront, d'un commun accord, pour ce qui les concerne, conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article 18, tout amendement à apporter à l'annexe II.

Artikel 4

(1) Personen, für die dieses Übereinkommen gilt und deren Gesundheitszustand bei einem Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei als des zuständigen Staates nach ärztlicher Beurteilung unverzüglich ärztliche Betreuung erforderlich macht, erhalten die ihrem Gesundheitszustand entsprechende Betreuung, wie wenn sie auf Grund der Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei Anspruch darauf hätten. Diese Betreuung wird vom Träger des Aufenthaltsorts nach den von diesem Träger anzuwendenden Rechtsvorschriften gewährt, als ob die in Betracht kommenden Personen bei ihm versichert wären, bis sie wiederhergestellt sind oder bis ihr Zustand es ihnen nach ärztlicher

Article 4

1. Persons covered by the provisions of this Agreement and whose condition, on medical advice, necessitates immediate medical care during temporary residence in the territory of a Contracting Party other than the competent State shall receive the medical care required by their condition, as if they were entitled to such care under the legislation of that Party. Such care shall be provided by the institution of the place of temporary residence in accordance with the provisions of the legislation applied by that institution, as if the persons concerned were covered by it, until their recovery or until their state of health permits them, on medical advice, to return or be repatriated to the territory of the Contracting Party

Article 4

1. Les personnes admises à bénéficier des dispositions du présent Accord et dont l'état vient à nécessiter immédiatement des soins médicaux, selon l'avis médical, au cours d'un séjour sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent, reçoivent les soins médicaux requis par leur état, comme si elles y avaient droit en vertu de la législation de cette Partie. Ces soins sont accordés par l'institution du lieu de séjour, selon les dispositions de la législation que cette institution applique, comme si les intéressés relevaient de ladite institution, jusqu'à leur guérison ou jusqu'à ce que leur état leur permette, selon l'avis médical, de retourner ou d'être rapatriés sur le territoire de la Partie Contractante

Beurteilung erlaubt, in das Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem sie wohnen, zurückzukehren oder unter den in Absatz 3 genannten Bedingungen zurückgeführt zu werden.

(2) In den Beziehungen zwischen Trägern, die Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b anwenden, hängt die Gewährung von Körperersatzstücken, größeren Hilfsmitteln und anderen Sachleistungen von erheblicher Bedeutung, die von den zuständigen Behörden der in Betracht kommenden Vertragsparteien einvernehmlich näher zu bezeichnen sind, von der Zustimmung des zuständigen Trägers ab. Die Zustimmung ist jedoch nicht erforderlich in absolut dringlichen Fällen.

(3) Ist eine in Absatz 1 bezeichnete Person auf Grund ihres Gesundheitszustands nicht in der Lage, aus eigener Kraft in das Hoheitsgebiet des Staates zurückzukehren, in dem sie ihren Wohnort hat, ist sie aber transportfähig, so trifft der Träger des Aufenthaltsorts unter Beteiligung des zuständigen Trägers die für ihre Rückführung in das Hoheitsgebiet dieses Staates erforderlichen Maßnahmen, sofern hierüber zwischen den Vertragsparteien oder ihren zuständigen Behörden eine Vereinbarung getroffen worden ist.

(4) Bestehen nach den für den Träger des Aufenthaltsorts geltenden Rechtsvorschriften mehrere Systeme für die Gewährung ärztlicher Betreuung, so gelten bei der Gewährung ärztlicher Betreuung auf Grund von Absatz 1 die Rechtsvorschriften des allgemeinen Systems oder, wenn ein solches nicht besteht, die Rechtsvorschriften des Systems, dem die Arbeitnehmer der Industrie unterliegen.

(5) Unbeschadet des Absatzes 1 gilt dieses Übereinkommen nicht für Personen, die sich in das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist, in der Absicht begeben, um dort ärztliche Betreuung zu erhalten.

Artikel 5

(1) Um ärztliche Betreuung nach Artikel 4 Absatz 1 zu erhalten, muß die betreffende Person nachweisen, daß sie nach den Rechtsvorschriften einer anderen Vertragspartei als derjenigen, in deren Hoheitsgebiet sie sich befindet, Anspruch auf ärztliche Betreuung hat.

(2) Der in Absatz 1 genannte Nachweis wird mittels einer Bescheinigung geführt, die vom zuständigen Träger nach einem zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien vereinbarten Muster ausgestellt wird.

(3) Hat die betreffende Person Anspruch auf ärztliche Betreuung nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei, auf Grund deren alle Staatsangehörigen oder alle Einwohner dieser Vertragspartei einen solchen Anspruch haben, so kann ihr zugestanden werden,

where they reside, in accordance with the provisions of paragraph 3.

2. However, in the relations between institutions which apply the provisions of Article 6, paragraph 1, subparagraph (b), the supply of prosthetic appliances, major aids and other major benefits in kind to be specified by mutual agreement by the competent authorities of the Contracting Parties concerned shall be conditional upon authorisation by the competent institution. However, such authorisation is not required in cases of absolute urgency.

3. If the condition of a person referred to in paragraph 1 does not permit him to return without help to the territory of the State where he resides, but nevertheless does not prevent his being moved, the institution of the place of temporary residence shall make the necessary arrangements for his repatriation to the territory of that State, in co-operation with the competent institution, provided that an agreement has been concluded for this purpose between the Contracting Parties concerned or their competent authorities.

4. Where the legislation applied by the institution of the place of temporary residence provides for several medical care schemes, the rules to be applied in respect of the provision of medical care by virtue of the provisions of paragraph 1 shall be those of the general scheme or, failing that, of the scheme for employed persons in industry.

5. Without prejudice to the provisions of paragraph 1, the provisions of this Agreement are not applicable to persons who go to the territory of a Contracting Party other than the competent State for the purpose of receiving medical care.

Article 5

1. In order to receive the medical care provided for in Article 4, paragraph 1, the person concerned shall submit proof of his entitlement to medical care under the legislation of a Contracting Party other than the one in whose territory he is present.

2. The proof referred to in paragraph 1 is given by means of a certificate delivered by the competent institution on a form agreed by the competent authorities of the Contracting Parties.

3. Where the person concerned is entitled to medical care under the legislation of a Contracting Party which guarantees such entitlement to all nationals or all residents of that Party, the person concerned may be permitted to submit, instead of the certificate referred

où ils résident, dans les conditions prévues au paragraphe 3 du présent article.

2. L'octroi des prothèses, du grand appareillage et d'autres prestations en nature de grande importance, à préciser, d'un commun accord, par les autorités compétentes des Parties Contractantes en cause, est subordonné à l'autorisation de l'institution compétente, dans les relations entre des institutions qui appliquent les dispositions de l'alinéa b) du paragraphe 1 de l'article 6. Toutefois, cette autorisation n'est pas requise en cas d'urgence absolue.

3. Si l'état d'une personne visée au paragraphe 1 du présent article ne lui permet pas de retourner par ses propres moyens sur le territoire de l'Etat où elle réside, mais permet néanmoins son transport, l'institution du lieu de séjour prend les mesures nécessaires pour assurer le rapatriement de cette personne sur le territoire de cet Etat, en liaison avec l'institution compétente, pour autant qu'un accord ait été conclu à cet effet entre les Parties Contractantes intéressées ou entre leurs autorités compétentes.

4. Si la législation appliquée par l'institution du lieu de séjour comporte plusieurs régimes de soins médicaux, les dispositions applicables à l'octroi des soins médicaux en vertu des dispositions du paragraphe 1 du présent article sont celles du régime général ou, à défaut, du régime dont relèvent les travailleurs salariés de l'industrie.

5. Sans préjudice des dispositions du paragraphe 1 du présent article, les dispositions du présent Accord ne sont pas applicables aux personnes qui se rendent sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent en vue de recevoir des soins médicaux.

Article 5

1. Pour bénéficier des soins médicaux en vertu des dispositions du paragraphe 1 de l'article 4, l'intéressé doit fournir la justification de son droit aux soins médicaux en vertu de la législation d'une Partie Contractante autre que celle sur le territoire de laquelle il se trouve.

2. La justification visée au paragraphe précédent du présent article est fournie au moyen d'une attestation délivrée par l'institution compétente, selon un modèle convenu entre les autorités compétentes des Parties Contractantes.

3. Lorsque l'intéressé a droit aux soins médicaux en vertu de la législation d'une Partie Contractante qui garantit un tel droit à tous les ressortissants ou à tous les résidents de cette Partie, l'intéressé peut être admis à produire, au lieu de l'attestation visée au paragraphe précé-

an Stelle der in Absatz 2 genannten Bescheinigung ihren Reisepaß oder einen als gleichwertig anerkannten Personalausweis vorzulegen, wenn die zuständigen Behörden der in Betracht kommenden Vertragsparteien einvernehmlich entsprechend entschieden haben.

(4) In absolut dringlichen Fällen kann die ärztliche Betreuung der betreffenden Person nicht deshalb versagt werden, weil sie nicht in der Lage ist, im gewünschten Zeitpunkt die in Absatz 2 genannte Bescheinigung oder eines der in Absatz 3 genannten Ausweispapiere vorzulegen. In einem solchen Fall wendet der Träger des Aufenthaltsorts sich jedoch an den zuständigen Träger, um festzustellen, ob dieses Übereinkommen für die betreffende Person gilt.

Unbeschadet des Artikels 2 Absatz 1 können die Vertragsparteien, die die Anwendung des Artikels 6 Absatz 1 Buchstabe b oder Buchstabe c vereinbart haben, einvernehmlich die aus der Anwendung des vorstehenden Satzes entstehenden Schwierigkeiten regeln.

(5) Sind Leben oder Gesundheit einer Person, die ärztlicher Betreuung bedarf, ernsthaft bedroht oder handelt es sich um eine solche im Krankenhaus untergebrachte Person unter 18 Jahren, die von ihrer Familie getrennt ist, so ist es wünschenswert, die konsularische Vertretung der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet diese Person wohnt, im Interesse dieser Person davon zu benachrichtigen.

Artikel 6

(1) Die dem Träger des Aufenthaltsorts auf Grund von Artikel 4 entstandenen Kosten der ärztlichen Betreuung

- a) werden vom zuständigen Träger nicht erstattet,
- b) werden vom zuständigen Träger gegen Nachweis der tatsächlichen Aufwendungen in voller Höhe erstattet, mit Ausnahme der Verwaltungskosten,
- c) werden vom zuständigen Träger nach besonderen Vereinbarungen erstattet,

je nachdem ob die betreffenden Vertragsparteien die Anwendung des Buchstaben a, b oder c dieses Absatzes vereinbart haben.

(2) In den Beziehungen zwischen Vertragsparteien, die die Anwendung von Absatz 1 Buchstabe b vereinbart haben, erstattet der zuständige Träger die dem Träger des Aufenthaltsorts auf Grund von Artikel 4 entstandenen Kosten der ärztlichen Betreuung in Höhe des tatsächlichen Betrages, der sich aus der Rech-

to in paragraph 2, his passport or another identity document recognised as equivalent if the competent authorities of the Contracting Parties concerned have so decided by mutual agreement.

4. In cases of absolute urgency medical care shall not be withheld from the person concerned on the ground that he cannot submit at the appropriate time the certificate referred to in paragraph 2 or one of the documents referred to in paragraph 3. However, in such case, the institution of the place of temporary residence shall ask the competent institution to determine whether the person concerned is entitled to benefit from the provisions of this Agreement.

Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of Article 2, the Contracting Parties which have agreed to apply the provisions of subparagraph (b) or subparagraph (c) of paragraph 1 of Article 6 may resolve, through mutual agreement, difficulties arising from the application of the preceding sentence of this paragraph.

5. If the life or health of a person needing medical care are seriously in danger, or the person hospitalised is under 18 and away from his family, it would be desirable, in the interest of the person concerned, that the consular authority of the Contracting Party in whose territory that person is resident should be informed.

Article 6

1. The costs of medical care borne by the institution of the place of temporary residence by virtue of the provisions of Article 4:

- a) shall not give rise to any refunds by the competent institution;
- b) shall be refunded in full by the competent institution on the presentation of proof of the actual expenditure, excluding administrative costs;
- c) shall be refunded by the competent institution, in accordance with special arrangements;

depending on whether the Contracting Parties concerned have agreed to apply the provisions of subparagraph (a) or subparagraph (b) or subparagraph (c) of this paragraph.

2. In the relations between Contracting Parties which have agreed to apply the provisions of paragraph 1, subparagraph (b), the competent institution shall refund the actual amount of the costs of medical care borne by the institution of the place of temporary residence, by virtue of the provisions of Article 4, as shown in the

dent du présent article, son passeport ou une autre pièce d'identité reconnue comme équivalente, si les autorités compétentes des Parties Contractantes en cause en ont décidé ainsi d'un commun accord.

4. En cas d'urgence absolue, les soins médicaux ne peuvent être refusés à l'intéressé pour la raison qu'il n'est pas en mesure de présenter, au moment voulu, l'attestation visée au paragraphe 2 ou de produire l'un des documents visés au paragraphe précédent du présent article. Toutefois, dans un tel cas, l'institution du lieu de séjour s'adresse à l'institution compétente pour déterminer si l'intéressé est admis à bénéficier des dispositions du présent Accord.

Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 de l'article 2, les Parties Contractantes qui sont convenues d'appliquer les dispositions de l'alinéa b) ou de l'alinéa c) du paragraphe 1 de l'article 6 pourront régler d'un commun accord les difficultés résultant de l'application de la phrase précédente du présent paragraphe.

5. Si la vie ou la santé d'une personne dont l'état requiert des soins médicaux est gravement menacée, ou s'il s'agit d'une personne hospitalisée de moins de dix-huit ans et séparée de sa famille, il est souhaitable, dans l'intérêt de la personne concernée, d'aviser l'autorité consulaire de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle cette personne réside.

Article 6

1. Les frais de soins médicaux supportés par l'institution du lieu de séjour, en vertu des dispositions de l'article 4:

- a) ne donnent lieu à aucun remboursement de la part de l'institution compétente,
- b) donnent lieu à remboursement intégral de la part de l'institution compétente, sur justification des dépenses effectives, à l'exclusion des frais administratifs,
- c) donnent lieu à remboursement de la part de l'institution compétente, conformément à des arrangements particuliers,

selon que les Parties Contractantes en cause sont convenues d'appliquer les dispositions des alinéas a), b) ou c) du présent paragraphe.

2. Dans les relations entre des Parties Contractantes qui sont convenues d'appliquer les dispositions de l'alinéa b) du paragraphe précédent du présent article, l'institution compétente rembourse le montant effectif des frais de soins médicaux supportés par l'institution du lieu de séjour, en vertu des dispositions de l'arti-

nungsführung dieses Trägers ergibt. Der Betrag der zu erstattenden Kosten darf nicht höher sein als die tatsächlichen Aufwendungen, die bei gleicher ärztlicher Betreuung von Anspruchsberechtigten, für die der Träger des Aufenthaltsorts üblicherweise zuständig ist, entstanden wären.

(3) In den Beziehungen zwischen Vertragsparteien, die die Anwendung von Absatz 1 Buchstabe c vereinbart haben, erstattet der zuständige Träger die dem Träger des Aufenthaltsorts auf Grund von Artikel 4 entstandenen Kosten der ärztlichen Betreuung nach den von diesen Vertragsparteien getroffenen besonderen Vereinbarungen, zum Beispiel unter Zugrundelegung von Pauschalbeträgen, die von den zuständigen Behörden der genannten Vertragsparteien einvernehmlich anhand aller geeigneten Bezugsgrößen, die den verfügbaren Angaben entnommen worden sind, festgestellt werden.

Artikel 7

(1) Hat der Träger einer Vertragspartei nach diesem Übereinkommen Zahlungen zur Erstattung von Kosten vorzunehmen, die dem Träger einer anderen Vertragspartei zu Lasten des ersten Trägers entstanden sind, so werden die geschuldeten Beträge in der Landeswährung der zweiten Vertragspartei angegeben. Der erste Träger nimmt die Zahlungen mit befreiender Wirkung in der genannten Landeswährung vor, sofern die betreffenden Vertragsparteien nichts anderes vereinbart haben.

(2) Geldüberweisungen auf Grund dieses Übereinkommens werden, soweit erforderlich, nach Maßgabe der Vereinbarungen vorgenommen, die im Zeitpunkt der Überweisungen auf diesem Gebiet zwischen den betreffenden Vertragsparteien gelten. In Ermangelung solcher Vereinbarungen schließen diese Vertragsparteien die entsprechenden Vereinbarungen.

Artikel 8

(1) Die zuständigen Behörden unterrichten einander:

- a) über alle für die Anwendung dieses Übereinkommens nützlichen Mitteilungen,
- b) über alle zur Anwendung dieses Übereinkommens getroffenen Maßnahmen,
- c) über alle die Anwendung dieses Übereinkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften.

(2) Bei Anwendung dieses Übereinkommens unterstützen die Behörden und Träger der Vertragsparteien einander, als handelte es sich um die Anwendung ihrer

accounts of that institution. The amount of the costs to be refunded may not exceed the actual amount for identical medical care that would have been provided to beneficiaries normally covered by the institution of the place of temporary residence.

3. In the relations between Contracting Parties which have agreed to apply the provisions of paragraph 1, subparagraph (c), the competent institution shall refund the amount of the costs of medical care borne by the institution of the place of temporary residence, by virtue of the provisions of Article 4, in accordance with the specific arrangements reached between these Parties, notably on the basis of lump-sum payments determined by mutual agreement between the competent authorities of the Contracting Parties concerned, from all the appropriate references drawn from the data available.

Article 7

1. Where, under this Agreement, the institution of one Contracting Party is liable to pay sums in refund of costs borne by the institution of another Contracting Party, its liability shall be expressed in currency of the second Party. The first institution may validly discharge its liability in that currency, unless the Contracting Parties concerned have agreed on other arrangements.

2. Transfers of funds which result from the application of this Agreement shall be effected, if such exist, in accordance with the relevant agreements in force between the Contracting Parties concerned at the date of transfer. Where no such arrangements exist, specific agreements should be concluded between the Parties concerned.

Article 8

1. The competent authorities of the Contracting Parties shall communicate to each other:

- (a) all information of use in the application of this Agreement;
- (b) all information regarding measures taken by them for the application of this Agreement;
- (c) all information regarding changes made in their legislation which may affect the application of this Agreement.

2. For the purpose of applying this Agreement the authorities and institutions of the Contracting Parties shall assist one another as if it were a matter of

cle 4, tel que ce montant résulte de la comptabilité de cette dernière institution. Le montant des frais à rembourser ne peut excéder le montant effectif des frais afférents à des soins médicaux identiques qui auraient été accordés à des bénéficiaires relevant normalement de l'institution du lieu de séjour.

3. Dans les relations entre des Parties Contractantes qui sont convenues d'appliquer les dispositions de l'alinéa c) du paragraphe 1 du présent article, l'institution compétente rembourse le montant des frais de soins médicaux supportés par l'institution du lieu de séjour en vertu des dispositions de l'article 4, conformément aux arrangements particuliers conclus entre ces Parties, notamment sur la base de forfaits établis d'un commun accord entre les autorités compétentes desdites Parties, à partir de toutes les références appropriées, tirées des données disponibles.

Article 7

1. Lorsque, en vertu du présent Accord, l'institution d'une Partie Contractante est débitrice de sommes destinées au remboursement de frais supportés par l'institution d'une autre Partie Contractante, la dette est exprimée dans la monnaie de la seconde Partie. La première institution s'en libère valablement dans ladite monnaie, à moins que les Parties Contractantes en cause ne soient convenues d'autres modalités.

2. Les transferts de sommes qui résultent de l'application du présent Accord sont effectués, en tant que de besoin, conformément aux accords en vigueur en cette matière, au moment du transfert, entre les Parties Contractantes en cause. A défaut, des accords spécifiques devront être conclus entre les Parties intéressées.

Article 8

1. Les autorités compétentes des Parties Contractantes se communiquent:

- a) toutes informations utiles à l'application du présent Accord;
- b) toutes informations concernant les mesures prises pour l'application du présent Accord;
- c) toutes informations concernant les modifications de leur législation susceptibles d'affecter l'application du présent Accord.

2. Pour l'application du présent Accord, les autorités et institutions des Parties Contractantes se prêtent leurs bons offices, comme s'ils s'agissait de l'applica-

eigenen Rechtsvorschriften. Die gegenseitige Amtshilfe dieser Behörden und Träger ist grundsätzlich kostenfrei. Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können jedoch die Erstattung bestimmter Kosten vereinbaren.

(3) Bei Anwendung dieses Übereinkommens können die Behörden und Träger der Vertragsparteien miteinander unmittelbar in Verbindung treten.

(4) Außerdem können die Behörden und Träger der Vertragsparteien im Interesse der Personen, für die dieses Übereinkommen gilt, mit den in Betracht kommenden Personen oder deren Beauftragten unmittelbar verkehren.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien treffen alle Maßnahmen, die nötig sind, die Regelung bestimmter Einzelfälle oder Gruppen von Fällen im Interesse der Personen, für die dieses Übereinkommen gilt, zu erleichtern.

Artikel 9

(1) Jede in den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern, Stempel-, Gerichts- oder Eintragungsgebühren für Schriftstücke oder Unterlagen, die nach diesen Rechtsvorschriften vorzulegen sind, wird auf die entsprechenden Schriftstücke oder Unterlagen erstreckt, die nach den Rechtsvorschriften einer anderen Vertragspartei oder nach diesem Übereinkommen vorzulegen sind.

(2) Amtliche Urkunden, Unterlagen und Schriftstücke jeder Art, die bei Anwendung dieses Übereinkommens vorzulegen sind, bedürfen keiner Beglaubigung oder irgendeiner entsprechenden Förmlichkeit.

Artikel 10

(1) Anträge oder Rechtsbehelfe, die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei innerhalb einer bestimmten Frist bei einem Träger dieser Vertragspartei einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei einem entsprechenden Träger einer anderen Vertragspartei eingereicht werden. In diesem Fall übermittelt der in Anspruch genommene Träger diese Anträge oder Rechtsbehelfe entweder unmittelbar oder durch Einschaltung der zuständigen Behörden der betreffenden Vertragsparteien unverzüglich an den Träger der ersten Vertragspartei, der hierfür zuständig ist. Der Tag, an dem diese Anträge oder Rechtsbehelfe bei einem Träger der zweiten Vertragspartei eingegangen sind, gilt als Tag des Eingangs bei dem Träger, der hierfür zuständig ist.

(2) Anträge, Erklärungen, Rechtsbehelfe und andere Schriftstücke, die bei

applying their own legislation. In principle the administrative assistance furnished by the said authorities and institutions to one another shall be free of charge. However, the competent authorities of the Contracting Parties may agree to reimburse certain expenses.

3. The authorities and institutions of the Contracting Parties may, for the purpose of applying this Agreement, communicate directly.

4. The authorities and institutions of the Contracting Parties may also communicate directly with the persons concerned or their representatives, in the interests of the persons entitled to benefit from the provisions of this Agreement.

5. The competent authorities of the Contracting Parties shall make whatever arrangements may be necessary to facilitate settlement of certain particular cases concerning individuals or groups, in the interests of the persons covered by the provisions of this Agreement.

Article 9

1. Any exemption from, or reduction of, taxes, stamp duty, legal dues or registration fees provided for in the legislation of one Contracting Party in connection with certificates or documents required to be produced for the purposes of the legislation of that Party shall be extended to similar certificates and documents required to be produced for the purposes of the legislation of another Contracting Party or of this Agreement.

2. All official instruments, documents or certificates of any kind that are required to be produced for the purposes of this Agreement shall be exempt from authentication or any similar formality.

Article 10

1. Any claim or appeal that, under the legislation of a Contracting Party, should have been submitted within a specified time to an institution of that Party shall be admissible if it is submitted within the same period to a corresponding institution of another Contracting Party. In such event the institution receiving the claim or appeal shall forward it without delay to the institution of the first Party competent to deal with it either directly or through the intermediary of the competent authorities of the Contracting Parties concerned. The date on which any claim or appeal was submitted to an institution of the second Party shall be deemed to be the date of its submission to the institution competent to deal with it.

2. The claims, declarations, appeals and other papers submitted to an auth-

tion de leur propre législation. L'entraide administrative de ces autorités et institutions est en principe gratuite. Toutefois, les autorités compétentes des Parties Contractantes peuvent convenir du remboursement de certains frais.

3. Pour l'application du présent Accord, les autorités et institutions des Parties Contractantes peuvent communiquer directement entre elles.

4. Les autorités et institutions des Parties Contractantes peuvent aussi communiquer directement avec les intéressés ou leurs mandataires, dans l'intérêt des personnes admises à bénéficier des dispositions du présent Accord.

5. Les autorités compétentes des Parties Contractantes prennent toutes mesures qui peuvent se révéler nécessaires pour faciliter la solution de certains cas particuliers, individuels ou collectifs, dans l'intérêt des personnes admises à bénéficier des dispositions du présent Accord.

Article 9

1. Le bénéfice des exemptions ou réductions de taxes, de timbres, de droits de greffe ou d'enregistrement, prévues par la législation d'une Partie Contractante pour les pièces ou documents à produire en application de la législation de cette Partie, est étendu aux pièces ou documents analogues à produire en application de la législation d'une autre Partie Contractante ou du présent Accord.

2. Tous actes, documents ou pièces quelconques de nature officielle à produire aux fins de l'application du présent Accord sont dispensés de légalisation et de toute autre formalité similaire.

Article 10

1. Les demandes ou recours qui auraient dû être introduits, selon la législation d'une Partie Contractante, dans un délai déterminé, auprès d'une institution de cette Partie, sont recevables s'ils sont introduits dans le même délai auprès d'une institution correspondante d'une autre Partie Contractante. En ce cas, l'institution ainsi saisie transmet sans délai ces demandes ou recours à l'institution de la première Partie qui est compétente pour en connaître, soit directement, soit par l'intermédiaire des autorités compétentes des Parties Contractantes en cause. La date à laquelle ces demandes ou recours ont été introduits auprès d'une institution de la seconde Partie est considérée comme la date d'introduction auprès de l'institution compétente pour en connaître.

2. Les demandes, déclarations, recours et autres pièces qui sont présentées, aux

Anwendung des Übereinkommens einer Behörde, einer Verbindungsstelle, einem Träger oder einer sonstigen Einrichtung einer Vertragspartei vorgelegt werden, können nicht deshalb zurückgewiesen werden, weil sie in einer Amtssprache einer anderen Vertragspartei abgefaßt sind.

Artikel 11

Streitigkeiten zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens sind durch unmittelbare Verhandlungen zwischen den zuständigen Behörden der beteiligten Vertragsparteien beizulegen. Handelt es sich um eine Frage, die alle Vertragsparteien angeht, so kann der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes die Streitigkeit auf Antrag dieser Behörden und nach Anhörung der zuständigen Behörden der übrigen Vertragsparteien einer Versammlung der Vertreter der zuständigen Behörden aller Vertragsparteien unterbreiten, die dazu eine Stellungnahme abgibt.

Artikel 12

Die in Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 3 Absatz 1 bezeichneten Anhänge sowie die Änderungen an diesen Anhängen sind Bestandteil dieses Übereinkommens.

Artikel 13

(1) Dieses Übereinkommen liegt für alle europäischen Staaten beim Internationalen Arbeitsamt zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes hinterlegt.

(3) Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die zweite Ratifikationsurkunde hinterlegt worden ist.

(4) Für jeden Unterzeichnerstaat, der dieses Übereinkommen später ratifiziert, tritt das Übereinkommen am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem seine Ratifikationsurkunde hinterlegt worden ist.

Artikel 14

(1) Nach Ablauf von zwei Jahren nach dem erstmaligen Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann jedes nichteuropäische Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation dem Übereinkommen beitreten.

(2) Jede Vertragspartei dieses Übereinkommens kann jedoch innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde nach

ority or to an institution of a Contracting Party with a view to application of this Agreement shall not be rejected on the ground that they are drafted in an official language of another Contracting Party.

Article 11

Any dispute arising between two or more Contracting Parties in connection with the interpretation or application of this Agreement shall be settled by direct negotiation between the competent authorities of the Contracting Parties concerned. If there is a question which affects all the Contracting Parties, the Director-General of the International Labour Office may submit the dispute, at the request of these authorities and after consultation with the competent authorities of the other Contracting Parties, to a meeting of representatives of the competent authorities of all the Contracting Parties, which will give an opinion on the question.

Article 12

The annexes referred to in Article 2, paragraph 2, and Article 3, paragraph 1, and any subsequent amendments made to these annexes, shall be an integral part of this Agreement.

Article 13

1. This Agreement shall be open for signature by any European State at the International Labour Office.

2. This Agreement shall be subject to ratification. The instruments of ratification shall be deposited with the Director-General of the International Labour Office.

3. This Agreement shall come into force on the first day of the second month following that in which the second instrument of ratification is deposited.

4. In the case of any State that subsequently ratifies the Agreement, this Agreement shall come into force on the first day of the second month following that in which its instrument of ratification is deposited.

Article 14

1. After the expiry of a period of two years from the date on which this Agreement first comes into force, any non-European Member of the International Labour Organisation may accede to said Agreement.

2. However, the Contracting Parties to this Agreement shall be allowed a period of six months from the date on which the instrument of ratification of any acceding

fins de l'application du présent Accord, auprès d'une autorité ou d'une institution d'une Partie Contractante ne peuvent être rejetés pour le motif qu'ils sont rédigés dans une langue officielle d'une autre Partie Contractante.

Article 11

Tout différend venant à s'élever entre deux ou plusieurs Parties Contractantes concernant l'interprétation ou l'application du présent Accord sera résolu par voie de négociation directe entre les autorités compétentes des Parties Contractantes intéressées. S'il s'agit d'une question intéressant l'ensemble des Parties Contractantes, le Directeur général du Bureau international du Travail pourra soumettre le différend, à la demande de ces autorités et après consultation des autorités compétentes des autres Parties Contractantes, à une réunion des représentants des autorités compétentes de l'ensemble des Parties Contractantes qui formulera un avis sur cette question.

Article 12

Les annexes visées au paragraphe 2 de l'article 2 et au paragraphe 1 de l'article 3, ainsi que les amendements qui seront apportés à ces annexes, font partie intégrante du présent Accord.

Article 13

1. Le présent Accord est ouvert à la signature de tout Etat européen, au Bureau international du Travail.

2. Le présent Accord sera soumis à ratification. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Directeur général du Bureau international du Travail.

3. Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant celui au cours duquel sera intervenu le dépôt du deuxième instrument de ratification.

4. Pour tout Etat qui le ratifiera ultérieurement, la présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant celui au cours duquel sera intervenu le dépôt de son instrument de ratification.

Article 14

1. Après l'expiration d'une période de deux années à partir de la date d'entrée en vigueur initiale du présent Accord, tout Membre non européen de l'Organisation internationale du Travail pourra adhérer à cet Accord.

2. Toutefois, chaque Partie Contractante au présent Accord disposera d'un délai de six mois à compter du dépôt de l'instrument de ratification de tout Etat

Absatz 5 durch jeden beitretenden Staat ihren Widerspruch gegen einen solchen Beitritt nach Artikel 18 Absatz 1 notifizieren.

(3) Desgleichen kann jeder europäische Staat, der dieses Übereinkommen nach Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist von zwei Jahren ratifiziert, bei der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde sein Widerspruchsrecht gegenüber jeder vor der Hinterlegung beigetretenen Vertragspartei geltend machen, indem er den Widerspruch nach Artikel 18 Absatz 1 notifiziert.

(4) Die beitretenden Staaten werden lediglich Vertragsparteien derjenigen Vertragsparteien, die ihrem Beitritt nicht widersprochen haben.

(5) Die Ratifikationsurkunden der beitretenden Staaten werden beim Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes hinterlegt.

State is deposited, in accordance with paragraph 5, for notifying their objection to such accession, in accordance with the provisions of Article 18, paragraph 1.

3. Likewise, any European State ratifying this Agreement after the expiry of the two-year period provided for in paragraph 1 of this Article may, at the time when such instruments of ratification are deposited, avail itself of the same right of objection against any Contracting Party which has acceded prior to the date of such deposit, by notifying it in accordance with the provisions of Article 18, paragraph 1.

4. The acceding States shall become Contracting Parties only in relation to those Contracting Parties which have not lodged any opposition to their accession.

5. The instruments of ratification of the adhering States shall be deposited with the Director-General of the International Labour Office.

adhérent, conformément aux dispositions du paragraphe 5 du présent article, pour notifier son opposition à une telle adhésion, conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article 18.

3. De même tout Etat européen qui ratifiera le présent Accord après l'expiration du délai de deux ans prévu au paragraphe 1 du présent article pourra, au moment du dépôt de son instrument de ratification, se prévaloir de la même faculté d'opposition à l'égard de toute Partie Contractante y ayant adhéré avant la date de ce dépôt, en la notifiant conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article 18.

4. Les Etats adhérents deviendront Parties Contractantes au regard des seules Parties Contractantes qui n'auront pas formulé d'opposition à leur adhésion.

5. Les instruments de ratification des Etats adhérents seront déposés auprès du Directeur général du Bureau international du Travail.

Artikel 15

(1) In den Beziehungen zwischen einem beitretenden Staat und einer Vertragspartei, die dem Beitritt dieses Staates nicht widersprochen hat, tritt dieses Übereinkommen am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die dieser Vertragspartei nach Artikel 14 Absatz 2 eingeräumte Frist für einen Widerspruch gegen den Beitritt dieses Staates abgelaufen ist.

(2) Die Vertragsparteien notifizieren nach Artikel 18 Absatz 1, ob sie die Anwendung von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a, Buchstabe b oder Buchstabe c in ihren jeweiligen Beziehungen zueinander vereinbart haben.

(3) Haben zwei oder mehr Vertragsparteien, wenn dieses Übereinkommen für sie in Kraft tritt, noch keine Vereinbarung über die Anwendung der in Absatz 2 genannten Bestimmungen sowie gegebenenfalls noch keine Vereinbarung nach Artikel 7 Absatz 2 treffen können, so wird dieses Übereinkommen zwischen diesen Vertragsparteien erst zu dem Zeitpunkt wirksam, wo derartige Vereinbarungen in ihren Beziehungen zueinander anwendbar werden oder, wenn es sich um einen in Artikel 14 Absatz 3 bezeichneten europäischen Staat handelt, am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats, in dem seine Ratifikationsurkunde hinterlegt worden ist.

(4) In den Fällen des Absatzes 3 notifizieren die betreffenden Vertragsparteien nach Artikel 18 Absatz 1 den Zeitpunkt,

Article 15

1. In the relations between an acceding State and a Contracting Party which has not expressed objection to the accession of that State, this Agreement shall come into force on the first day of the second month following that in which expires the six-month period available to that Party, by virtue of Article 14, paragraph 2, to lodge an objection or, with regard to a European State to which Article 14, paragraph 3 applies, on the first day of the second month following that in which its instrument of ratification is deposited.

2. The Contracting Parties shall give notice, in accordance with the provisions of Article 18, paragraph 1, which of the provisions of subparagraph (a), of subparagraph (b) or of subparagraph (c) of paragraph 1 of Article 6, they have agreed to apply in their relations with one another.

3. If two or more Contracting Parties have not, when this Agreement comes into force in relation to them, concluded an arrangement on the application of the provisions referred to in the preceding paragraph and, as the case may be, an agreement of the type referred to in paragraph 2 of Article 7, the Agreement shall not take effect between those Parties until such arrangements become applicable in their relations with one another.

4. In the cases referred to in the preceding paragraph of this Article, the Contracting Parties concerned shall give

Article 15

1. Dans les relations entre un Etat adhérent et une Partie Contractante qui n'a pas formulé d'opposition à l'adhésion de cet Etat, le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant celui au cours duquel aura expiré le délai de six mois ouvert à cette Partie, en vertu du paragraphe 2 de l'article 14, pour formuler une opposition ou, à l'égard d'un Etat européen visé au paragraphe 3 de l'article 14, le premier jour du deuxième mois suivant celui au cours duquel sera intervenu le dépôt de son instrument de ratification.

2. Les Parties Contractantes notifieront, conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article 18, les dispositions des alinéas a), b) ou c) du paragraphe 1 de l'article 6 qu'elles sont convenues d'appliquer dans leurs relations mutuelles.

3. Si deux ou plusieurs Parties Contractantes ne sont pas parvenues à un accord relatif à l'application des dispositions visées au paragraphe précédent du présent article et, le cas échéant, à un accord visé au paragraphe 2 de l'article 7, lors de l'entrée en vigueur du présent Accord à leur égard, cet Accord ne prendra effet entre ces Parties qu'au moment où de tels accords deviendront applicables dans leurs relations mutuelles.

4. Dans les cas visés au paragraphe précédent du présent article, les Parties Contractantes en cause notifieront,

zu dem dieses Übereinkommen zwischen ihnen wirksam wird.

Artikel 16

(1) Dieses Übereinkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft.

(2) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen jedoch nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem erstmaligen Inkrafttreten durch Notifikation nach Artikel 18 Absatz 1 kündigen. Die Kündigung wird sechs Monate nach ihrer Eintragung durch den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes wirksam.

Artikel 17

(1) Nach Ablauf von fünf Jahren nach dem erstmaligen Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann jede Vertragspartei vom Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes die Einberufung einer Tagung verlangen, um eine etwaige Revision des Übereinkommens zu prüfen.

(2) Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes unterrichtet nach Eingang eines entsprechenden Verlangens die anderen Vertragsparteien hiervon und kann nach Anhörung der zuständigen Behörden der Vertragsparteien eine Tagung der Vertreter der Vertragsparteien und der Unterzeichnerstaaten einberufen.

Artikel 18

(1) Die Notifikationen nach Artikel 2 Absatz 3, Artikel 3 Absatz 4, Artikel 14 Absatz 2 und Absatz 3, Artikel 15 Absatz 2 und Absatz 4, sowie nach Artikel 16 Absatz 2 sind an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zu richten.

(2) Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes macht den Vertragsparteien sowie den Unterzeichnerstaaten Mitteilung über

- a) die Hinterlegung jeder Ratifikationsurkunde,
- b) die Zeitpunkte des Inkrafttretens und Wirksamwerdens dieses Übereinkommens nach Artikel 15,
- c) jede nach Absatz 1 dieses Artikels eingegangene Notifikation.

Artikel 19

(1) Sobald dieses Übereinkommen in Kraft getreten ist, übermittelt der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift zwecks Eintragung.

notice, in accordance with the provisions of Article 18, paragraph 1, of the date on which this Agreement will take effect between them.

Article 16

1. This Agreement shall remain in force indefinitely.

2. However, any Contracting Party may denounce this Agreement after the expiry of a period of five years from the date on which the said Agreement first comes into force by giving notice in accordance with the provisions of Article 18, paragraph 1. Such denunciation shall not take effect until six months after it has been registered by the Director-General of the International Labour Office.

Article 17

1. After the expiry of a period of five years from the date on which this Agreement first comes into force, any Contracting Party may request the Director-General of the International Labour Office to convene a meeting to consider its possible revision.

2. On receipt of a request to this effect, the Director-General of the International Labour Office shall inform the other Contracting Parties thereof and, after consultation with the competent authorities of the Contracting Parties, may convene a meeting of representatives of the Contracting Parties and the signatory States.

Article 18

1. The notifications referred to in Article 2, paragraph 3, Article 3, paragraph 2, Article 14, paragraphs 2 and 3, Article 15, paragraphs 2 and 4, and Article 16, paragraph 2, shall be addressed to the Director-General of the International Labour Office.

2. The Director-General of the International Labour Office shall notify the Contracting Parties and the signatory States of -

- (a) the deposit of any instrument of ratification;
- (b) the dates of coming into force and of taking effect of this Agreement in accordance with the provisions of Article 15; and
- (c) any notification received in pursuance of the provisions of paragraph 1 of this Article.

Article 19

1. As soon as this Agreement first comes into force, a certified copy shall be provided by the Director-General of the International Labour Office to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article 18, la date à laquelle le présent Accord prendra effet entre elles.

Article 16

1. Le présent Accord demeurera en vigueur sans limitation de durée.

2. Toutefois, toute Partie Contractante pourra dénoncer le présent Accord après l'expiration d'une période de cinq années à partir de la date d'entrée en vigueur initiale de cet Accord, en le notifiant conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article 18. La dénonciation ne prendra effet que six mois après avoir été enregistrée par le Directeur général du Bureau international du Travail.

Article 17

1. Après l'expiration d'une période de cinq années à partir de la date d'entrée en vigueur initiale du présent Accord, toute Partie Contractante pourra demander au Directeur général du Bureau international du Travail de convoquer une réunion afin d'examiner sa révision éventuelle.

2. Dès réception d'une demande à cet effet, le Directeur général du Bureau international du Travail en informera les autres Parties Contractantes et, après consultation des autorités compétentes des Parties Contractantes, pourra convoquer une réunion des représentants des Parties Contractantes et des Etats signataires.

Article 18

1. Les notifications visées au paragraphe 3 de l'article 2, au paragraphe 2 de l'article 3, aux paragraphes 2 et 3 de l'article 14, aux paragraphes 2 et 4 de l'article 15 et au paragraphe 2 de l'article 16 seront adressées au Directeur général du Bureau international du Travail.

2. Le Directeur général du Bureau international du Travail communiquera aux Parties Contractantes et aux Etats signataires:

- a) le dépôt de tout instrument de ratification;
- b) les dates d'entrée en vigueur et d'effet du présent Accord, conformément aux dispositions de l'article 15;
- c) toute notification reçue en application des dispositions du paragraphe précédent du présent article.

Article 19

1. Dès l'entrée en vigueur initiale du présent Accord, une copie certifiée conforme en sera communiquée au Secrétaire général des Nations Unies par le Directeur général du Bureau international du Travail aux fins d'enregistrement, conformément aux dispositions de l'article 102 de la Charte des Nations Unies.

(2) Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes teilt nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung jede Ratifikation und jede Kündigung mit, die ihm notifiziert worden ist.

Artikel 20

(1) Zwei oder mehr Vertragsparteien können, soweit erforderlich, zwei- oder mehrseitige Übereinkünfte zur Anwendung dieses Übereinkommens treffen.

(2) Das Internationale Arbeitsamt arbeitet eine Mustervereinbarung aus, um den Abschluß der in Absatz 1 genannten Übereinkünfte zu erleichtern.

Artikel 21

Je eine Urschrift des deutschen, englischen, französischen, russischen und spanischen Wortlauts dieses Übereinkommens wird im Archiv des Internationalen Arbeitsamtes hinterlegt. Der englische und französische Wortlaut sind gleichermaßen verbindlich.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichner dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Genf am 17. Oktober 1980 in fünf Urschriften in deutscher, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache.

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt der Regierung jedes Unterzeichnerstaates beglaubigte Abschriften des Wortlauts dieses Übereinkommens.

2. In accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations, the Director-General of the International Labour Office shall communicate to the Secretary-General of the United Nations, for registration, any ratification and any denunciation of which he has been notified.

Article 20

1. Two or more Contracting Parties may conclude bilateral or multilateral arrangements for the application of this Agreement.

2. The International Labour Office shall prepare a model arrangement to help in concluding the administrative arrangements referred to in the preceding paragraph.

Article 21

An original of each of the English, French, German, Russian and Spanish texts of this Agreement shall be deposited in the archives of the International Labour Office. The English and French texts are equally authoritative.

In witness whereof the undersigned, having deposited their respective credentials, have signed this Agreement.

Done at Geneva this seventeenth day of October 1980 in five original copies in English, French, German, Russian and Spanish.

The Director-General of the International Labour Office shall transmit certified copies of the text of this Agreement to the governments of each of the Signatory States.

2. Conformément aux dispositions de l'article 102 de la Charte des Nations Unies, le Directeur général du Bureau international du Travail communiquera au Secrétaire général des Nations Unies, aux fins d'enregistrement, toute ratification et toute dénonciation dont il aura reçu notification.

Article 20

1. Deux ou plusieurs Parties Contractantes pourront conclure, en tant que de besoin, des arrangements bilatéraux ou multilatéraux pour l'application du présent Accord.

2. Le Bureau international du Travail préparera un arrangement modèle pour faciliter la conclusion des arrangements visés au paragraphe précédent du présent article.

Article 21

Un exemplaire original des textes français, allemand, anglais, espagnol et russe du présent Accord sera déposé aux archives du Bureau international du Travail. Les textes français et anglais feront également foi.

En foi de quoi, les soussignés, ayant déposé leurs pleins pouvoirs respectifs, ont signé le présent Accord.

Fait à Genève, le 17 octobre 1980 en cinq exemplaires originaux, en français, en allemand, en anglais, en espagnol et en russe.

Le Directeur général du Bureau international du Travail communiquera des copies certifiées conformes du texte du présent Accord à chacun des gouvernements des Etats signataires.

**Schlußakte
der Regierungskonferenz zur Annahme des Europäischen Übereinkommens
über die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen
bei vorübergehendem Aufenthalt**

**Final Act
of the Governmental Conference for the final adoption of the European Agreement
concerning the provision of medical care
to persons during temporary residence**

**Acte final
de la Conférence gouvernementale pour l'adoption de l'Accord européen
concernant l'octroi des soins médicaux
aux personnes en séjour temporaire**

1. Die Regierungskonferenz zur Annahme des Europäischen Übereinkommens über die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen bei vorübergehendem Aufenthalt wurde vom Internationalen Arbeitsamt vom 14. bis 17. Oktober 1980 nach Genf einberufen, um das Europäische Übereinkommen über die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen bei vorübergehendem Aufenthalt endgültig anzunehmen, dessen Bestimmungen auf zwei vorbereitenden, gemeinsam mit dem Europarat veranstalteten und in Genf vom 2. bis 6. Oktober 1978 und vom 1. bis 5. Oktober 1979 abgehaltenen Tagungen von Regierungssachverständigen ausgearbeitet und angenommen worden waren.

2. Die Regierungskonferenz tagte vom 14. bis 17. Oktober 1980 in Genf. Die Regierungen folgender Staaten waren vertreten: Belgien, Bjelorussische SSR, Bulgarien, Dänemark, Deutsche Demokratische Republik, Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei, Türkei, UdSSR, Ukrainische SSR, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Zypern. Außerdem nahmen an der Konferenz folgende internationale Organisationen teil: die Kommission der Europäischen Gemeinschaften, die Weltorganisation für Fremdenverkehr, die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt und die Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit.

3. Die Regierungskonferenz bestätigte bei der Annahme des Artikels 1 Buchstabe b des Übereinkommens, daß das Übereinkommen sich nicht auf die Sozialhilfe bezieht.

4. Die Regierungskonferenz bestätigte bei der Annahme des Artikels 3 Absatz 1 des Übereinkommens, daß neben den Bestimmungen jeder anderen Übereinkunft über Soziale Sicherheit, die im

1. The Governmental Conference for the adoption of the European Agreement concerning the provision of medical care to persons during temporary residence was convened at Geneva by the International Labour Office (ILO) from 14 to 17 October 1980 for the final adoption of the European Agreement concerning the provision of medical care to persons during temporary residence whose provisions had been discussed and approved by two preparatory meetings of governmental experts organised jointly with the Council of Europe and held in Geneva from 2 to 6 October 1978 and 1 to 5 October 1979.

2. The Governmental Conference met at Geneva from 14 to 17 October 1980. The Governments of the following States were represented: Austria, Belgium, Byelorussian SSR, Bulgaria, Cyprus, Czechoslovakia, Denmark, Finland, France, German Democratic Republic, Federal Republic of Germany, Greece, Hungary, Ireland, Iceland, Italy, Luxembourg, Malta, Netherlands, Norway, Poland, Portugal, Romania, Spain, Sweden, Switzerland, Turkey, Ukrainian SSR, USSR and the United Kingdom. The following international organisations were also represented at the Conference: the Central Commission for Rhine Navigation, Commission of the European Communities, the World Tourism Organisation and the International Social Security Association.

3. In adopting subparagraph (b) of Article 1 of the Agreement, the Governmental Conference confirmed that the Agreement did not apply to social assistance benefits.

4. In adopting paragraph 1 of Article 3 of the Agreement, the Governmental Conference confirmed that it would not be necessary to apply, concurrently with the provisions of any social security

1. La Conférence gouvernementale pour l'adoption de l'Accord européen concernant l'octroi des soins médicaux aux personnes en séjour temporaire a été convoquée à Genève par le Bureau international du Travail (BIT) du 14 au 17 octobre 1980 à l'effet d'adopter définitivement l'Accord européen concernant l'octroi des soins médicaux aux personnes en séjour temporaire, dont les dispositions avaient été élaborées et approuvées par deux réunions préparatoires d'experts gouvernementaux, organisées conjointement avec le Conseil de l'Europe, qui se sont tenues à Genève du 2 au 6 octobre 1978 et du 1^{er} au 5 octobre 1979.

2. La Conférence gouvernementale a siégé à Genève du 14 au 17 octobre 1980. Étaient représentés les gouvernements des États désignés ci-après: République fédérale d'Allemagne, Autriche, Belgique, RSS de Biélorussie, Bulgarie, Chypre, Danemark, Espagne, Finlande, France, Grèce, Hongrie, Irlande, Islande, Italie, Luxembourg, Malte, Norvège, Pologne, Pays-Bas, Portugal, République démocratique allemande, Roumanie, Royaume-Uni, Suède, Suisse, Tchécoslovaquie, Turquie, RSS d'Ukraine et URSS. Assistaient en outre à la Conférence les organisations internationales suivantes: Commission centrale pour la navigation du Rhin, Commission des Communautés européennes, Organisation mondiale du tourisme et Association internationale de la sécurité sociale.

3. En adoptant l'alinéa b) de l'article 1 de l'Accord, la Conférence gouvernementale a confirmé que l'Accord ne s'appliquerait pas à l'assistance sociale et médicale.

4. En adoptant le paragraphe 1 de l'article 3 de l'Accord, la Conférence gouvernementale a confirmé qu'il n'y aurait pas lieu d'appliquer, parallèlement aux dispositions de toute convention de sécurité

gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien aufrechterhalten worden ist, eventuell weitergehende Bestimmungen des vorliegenden Übereinkommens keine Anwendung finden. Ist jedoch der persönliche Geltungsbereich des vorliegenden Übereinkommens ausgedehnter als derjenige der aufrechterhaltenen Übereinkünfte über Soziale Sicherheit, so gilt das vorliegende Übereinkommen für die geschützten Personen, die nicht vom persönlichen Geltungsbereich der aufrechterhaltenen Übereinkünfte über Soziale Sicherheit erfaßt sind, jedoch unter den persönlichen Geltungsbereich des vorliegenden Übereinkommens fallen. Ebenso gilt dieses Übereinkommen für Personen, die zum persönlichen Geltungsbereich einer solchen Übereinkunft gehören und nach dieser keinen Anspruch auf ärztliche Betreuung haben.

Die Regierungskonferenz bestätigte weiterhin, daß der Ausdruck „entsprechende Bestimmungen“ sich auf die Bestimmungen über die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen bei vorübergehendem Aufenthalt der aufrechterhaltenen Übereinkünfte über Soziale Sicherheit bezieht.

5. Die Regierungskonferenz bestätigte ferner, daß Artikel 4 Absatz 1 Satz 2 nicht so auszulegen ist, daß die in Betracht kommende Person bei leichten Erkrankungen keine ärztliche Betreuung mehr erhält, wenn sie sich ihrem Wunsche entsprechend während der Dauer der ärztlichen Betreuung weiterhin im Hoheitsgebiet des Aufenthaltsstaates aufhält, obwohl es ihr Zustand nach ärztlicher Beurteilung erlaubt, in das Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem sie wohnt, zurückzukehren.

Die Regierungskonferenz bestätigte bei der Annahme des Artikels 4 Absatz 5 des Übereinkommens, daß diese Bestimmung so auszulegen ist, daß das Übereinkommen für eine in Artikel 4 Absatz 5 bezeichnete Person nur insoweit gilt, als die ihrem Gesundheitszustand entsprechende ärztliche Betreuung nicht diejenige Betreuung ist, derentwegen sie sich in das Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei begeben hat.

6. Die Regierungskonferenz bestätigte bei der Annahme des Artikels 13 Absatz 2 des Übereinkommens, daß die Staaten durch Ratifikation Vertragsparteien des Übereinkommens werden. Sie stellte fest, daß nach der im Internationalen Arbeitsamt geltenden Hinterlegungspraxis dieses Verfahren die Übermittlung einer Urkunde seitens der hierzu bevollmächtigten Person bedingt, womit der betreffende Staat sein Einverständnis zum Ausdruck bringt, durch das Übereinkommen gebunden zu sein. Dieses Verfahren ermöglicht es, dieses Einverständnis auch in Form einer Annahme oder eines Beitritts zum Ausdruck zu bringen, wenn dies dem innerstaatlichen Verfahren entspricht.

convention maintained in force by mutual agreement between the Contracting Parties concerned, the provisions of the Agreement which might be more favourable. However, if the personal scope of the Agreement was wider than that of the convention maintained in force, the protected persons who did not come within the scope of that convention but came within that of the Agreement, would benefit from the provisions of this Agreement. Similarly, if persons who came within the personal scope of such a convention could not claim medical care during temporary residence under that convention, they would be able to do so under the Agreement.

Furthermore, the Governmental Conference confirmed that the term "corresponding provisions" referred to the provisions concerning the grant of medical care to persons during temporary residence, of the social security convention maintained in force.

5. The Governmental Conference also confirmed that the second sentence of Article 4, paragraph 1, should not be interpreted to mean that, in case of minor illness, the persons concerned would cease to receive medical care should they express their desire to remain, during the period of medical care, on the territory of the country of temporary residence even though their state of health, in medical opinion, permits them to return to the territory of the Contracting Party where they reside.

In adopting paragraph 5 of Article 4 of the Agreement, the Governmental Conference confirmed that the provisions of this paragraph should be understood to mean that the Agreement shall only be applicable to persons covered by paragraph 5 of Article 4 in so far as the medical care required by their condition is not that for which they went to the territory of the Contracting Party concerned.

6. In adopting paragraph 2 of Article 13 of the Agreement, the Governmental Conference confirmed that States became Contracting Parties to the Agreement by ratification. It noted that, under the depositary practice of the International Labour Office, this meant the transmission, by a person empowered to do so, of an instrument signifying the consent of the State to be bound by the Agreement but that such consent could also be expressed by means of acceptance or approval where this was the appropriate national procedure.

sociale maintenues en vigueur d'un commun accord entre les Parties Contractantes en cause, les dispositions éventuellement plus favorables de l'Accord. Toutefois, si le champ d'application personnel de l'Accord est plus étendu que celui de la convention maintenue en vigueur, les personnes protégées qui n'entrent pas dans le champ d'application de cette convention, mais qui entrent dans celui de l'Accord, bénéficient des dispositions de cet Accord. De même, si des personnes qui entrent dans le champ d'application personnel d'une telle convention n'ont pas droit aux soins médicaux au cours d'un séjour temporaire au titre de cette convention, elles sont admises à bénéficier de l'Accord.

En outre, la Conférence gouvernementale a confirmé que les termes «dispositions correspondantes» se réfèrent aux dispositions concernant l'octroi des soins médicaux aux personnes en séjour temporaire de la convention de sécurité sociale maintenue en vigueur.

5. La Conférence gouvernementale a également confirmé que la deuxième phrase du paragraphe 1 de l'article 4 ne doit pas être interprétée dans le sens que l'intéressé, en cas de maladie bénigne, ne recevra plus de soins médicaux lorsqu'il manifesterait le désir de rester, pendant la durée des soins médicaux, sur le territoire du pays de séjour, même si son état, selon l'avis médical, lui permet de retourner sur le territoire de la Partie Contractante où il réside.

En adoptant le paragraphe 5 de l'article 4 de l'Accord, la Conférence gouvernementale a confirmé que les dispositions de ce paragraphe doivent être interprétées dans le sens que l'Accord sera applicable à une personne visée au paragraphe 5 de l'article 4 exclusivement lorsque les soins médicaux requis par son état ne sont pas ceux pour lesquels elle s'est rendue sur le territoire de la Partie Contractante concernée.

6. En adoptant le paragraphe 2 de l'article 13 de l'Accord, la Conférence gouvernementale a confirmé que les Etats deviennent Parties Contractantes à l'Accord par ratification. Elle a constaté que, selon la pratique du dépôt en vigueur au Bureau international du Travail, cette procédure impliquait la transmission par une personne dûment qualifiée pour ce faire d'un instrument signifiant qu'un Etat consent à être lié par l'Accord mais aussi qu'un tel consentement puisse être exprimé par une acceptation ou une approbation, si telle est la procédure nationale appropriée.

7. Die Regierungskonferenz bekräftigte den in Artikel 20 Absatz 2 des Übereinkommens enthaltenen Auftrag an das Internationale Arbeitsamt, unter gebührender Berücksichtigung der hierzu geführten Diskussion eine Mustervereinbarung auszuarbeiten, um den Abschluß der in Artikel 20 Absatz 1 des Übereinkommens genannten Übereinkünfte zu erleichtern.

8. Die Regierungskonferenz nahm am 17. Oktober 1980 das Europäische Übereinkommen über die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen bei vorübergehendem Aufenthalt endgültig an, das vom Vorsitzenden und vom Stellvertretenden Vorsitzenden der Konferenz unterzeichnet wurde. Das Übereinkommen, das im Sinne der Beschlüsse der Regierungskonferenz durchzuführen und auszulegen ist, liegt nach seinem Artikel 13 für alle europäischen Staaten zur Unterzeichnung und Ratifikation sowie unter den in seinem Artikel 14 genannten Bedingungen für jedes nichteuropäische Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation zum Beitritt auf.

9. Die Regierungskonferenz erachtete es für zweckmäßig, das Europäische Übereinkommen über die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen bei vorübergehendem Aufenthalt im Amtsblatt des Internationalen Arbeitsamts zu veröffentlichen, ferner die Zeitpunkte des Inkrafttretens und gegebenenfalls des Wirksamwerdens des Übereinkommens.

10. Die Regierungskonferenz nahm Kenntnis von den Bemühungen sowohl im Europäischen Abkommen über Soziale Sicherheit, das im Rahmen des Europarats geschlossen wurde, als auch in den zweiseitigen Abkommen über Soziale Sicherheit, die zwischen den europäischen Mitgliedstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe geschlossen wurden, um die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen bei vorübergehendem Aufenthalt sicherzustellen.

Sie drückte ihre Befriedigung aus, feststellen zu können, daß das am heutigen Tage von ihr angenommene neue Europäische Übereinkommen diese Bemühungen in einer erweiterten Zusammenarbeit zwischen der Gesamtheit der europäischen Staaten im Geiste der Schlußakte der Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zusammenfaßt.

Geschehen zu Genf am 17. Oktober 1980 in fünf Urschriften in deutscher, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache. Die Urschriften werden beim Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes hinterlegt; dieser übermittelt der Regierung jedes europäischen Staates beglaubigte Abschriften.

7. The Governmental Conference confirmed the mandate which it had given to the International Labour Office under paragraph 2 of Article 20 of the Agreement for the preparation of a model arrangement to assist in the conclusion of bilateral or, multilateral arrangements foreseen in paragraph 1 of the said Article, taking into account the discussion on this subject.

8. On 17 October 1980 the Governmental Conference finally adopted the European Agreement concerning the Provision of Medical Care to Persons during Temporary Residence, which was signed by the President and Vice-President of the Conference. This Agreement, which shall be applied and interpreted in accordance with the records of decisions of the Governmental Conference, is open for signature and ratification by all European States, in accordance with the provisions of Article 13 of the Agreement, and, subject to the conditions specified in Article 14 of the Agreement, for accession by all non-European Members of the International Labour Organisation.

9. The Governmental Conference considered it useful that the European Agreement concerning the Provision of Medical Care to Persons during Temporary Residence should be published in the Official Bulletin of the International Labour Office, together with dates of the coming into force and, if necessary, into effect of the Agreement.

10. The Governmental Conference took note of the successful efforts made both through the European Convention on Social Security concluded within the Council of Europe and through bilateral social security conventions concluded between the States Members of the Council of Mutual Economic Assistance to ensure the provision of medical care to persons during temporary residence.

It noted with satisfaction that the new European Agreement which it had adopted this day united these efforts in a wider co-operation embracing all European States, in the spirit of the Final Act of the Conference on Security and Co-operation in Europe.

Done at Geneva, this seventeenth day of October 1980, in five original copies in English, French, German, Russian and Spanish. The texts shall be deposited with the Director-General of the International Labour Office, who shall transmit certified copies to the government of each European State.

7. La Conférence gouvernementale a confirmé le mandat qui a été confié au Bureau international du Travail aux termes des dispositions du paragraphe 2 de l'article 20 de l'Accord, qui prévoient la préparation d'un arrangement modèle pour faciliter la conclusion des arrangements bilatéraux ou multilatéraux visés au paragraphe 1 dudit article, compte dûment tenu de ses délibérations à ce sujet.

8. La Conférence gouvernementale a adopté définitivement, le 17 octobre 1980, l'Accord européen concernant l'octroi des soins médicaux aux personnes en séjour temporaire, qui a été signé par le Président et le Vice-président de la Conférence. Cet Accord, qui devra être appliqué et interprété conformément aux décisions de la Conférence gouvernementale, est ouvert à la signature et à la ratification de tout Etat européen, conformément aux dispositions de son article 13, ainsi que, dans les conditions indiquées à son article 14, à l'adhésion de tout Membre non européen de l'Organisation internationale du Travail.

9. La Conférence gouvernementale a considéré utile que l'Accord européen concernant l'octroi des soins médicaux aux personnes en séjour temporaire soit publié au Bulletin officiel du Bureau international du Travail, ainsi que les dates d'entrée en vigueur et, le cas échéant, d'effet de l'Accord.

10. La Conférence gouvernementale a pris acte des efforts accomplis tant dans la Convention européenne de sécurité sociale conclue au sein du Conseil de l'Europe que dans les conventions bilatérales de sécurité sociale conclues entre les Etats européens membres du Conseil d'assistance économique mutuelle pour garantir l'octroi des soins médicaux aux personnes en séjour temporaire.

Elle a exprimé sa satisfaction de constater que le nouvel Accord européen qu'elle adopte ce jour associe ces efforts dans une coopération élargie à l'ensemble des Etats européens, dans l'esprit de l'Acte final de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe.

Fait à Genève ce 17 octobre 1980, en cinq exemplaires originaux en allemand, en anglais, en espagnol, en français et en russe. Les textes seront déposés entre les mains du Directeur général du Bureau international du Travail qui en enverra des copies certifiées conformes au gouvernement de chacun des Etats européens.

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 13. März 1984 zur Änderung der Verträge
zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften bezüglich Grönlands**

Vom 14. Januar 1985

Der Bundestag hat folgendes Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Brüssel am 13. März 1984 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Vertrag zur Änderung der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften bezüglich Grönlands wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 2 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 14. Januar 1985

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

Vertrag zur Änderung der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften bezüglich Grönlands

Seine Majestät der König der Belgier,

Ihre Majestät die Königin von Dänemark,

der Präsident der Bundesrepublik Deutschland,

der Präsident der Republik Griechenland,

der Präsident der Französischen Republik,

der Präsident Irlands,

der Präsident der Italienischen Republik,

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Luxemburg,

Ihre Majestät die Königin der Niederlande,

Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland –

gestützt auf Artikel 96 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl,

gestützt auf Artikel 236 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf Artikel 204 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Regierung des Königreichs Dänemark hat dem Rat einen Entwurf zur Änderung der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften vorgelegt; darin ist vorgesehen, diese Verträge nicht mehr auf Grönland anzuwenden und eine neue Regelung der Beziehungen zwischen den Gemeinschaften und Grönland einzuführen.

In Anbetracht der besonderen Merkmale Grönlands ist diesem Antrag stattzugeben und eine Regelung einzuführen, die enge und dauerhafte Beziehungen zwischen den Gemeinschaften und Grönland beibehält und deren gegenseitige Interessen, insbesondere die Entwicklungserfordernisse Grönlands, berücksichtigt.

Die Regelung für die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete im Vierten Teil des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft stellt einen geeigneten Rahmen für diese Beziehungen dar, wobei allerdings zusätzliche, spezifische Bestimmungen für Grönland notwendig sind –

haben beschlossen, die neue Regelung für Grönland einvernehmlich festzulegen, und haben zu diesem Zweck als Bevollmächtigte bestellt:

Seine Majestät der König der Belgier:

Leo Tindemans,

Minister für Außenbeziehungen des Königreichs Belgien

Ihre Majestät die Königin von Dänemark:

Uffe Ellemann-Jensen,

Minister für Auswärtige Angelegenheiten Dänemarks

Gunnar Riberholdt

Außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter,
Ständiger Vertreter Dänemarks

der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:

Hans-Dietrich Genscher,

Minister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland

der Präsident der Republik Griechenland:

Theodoros Pangalos,

Staatssekretär im Auswärtigen Amt
der Republik Griechenland

der Präsident der Französischen Republik:

Roland Dumas,

Minister für Europafragen der Französischen Republik

der Präsident Irlands:

Peter Barry,

Minister für Auswärtige Angelegenheiten Irlands

der Präsident der Italienischen Republik:

Giulio Andreotti,

Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Italienischen Republik

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Luxemburg:

Colette Flesch,

Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Regierung des Großherzogtums Luxemburg

Ihre Majestät die Königin der Niederlande:

W. F. van Eekelen

Staatssekretär im Auswärtigen Amt der Niederlande

H. J. Ch. Rutten

Außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter,
Ständiger Vertreter der Niederlande

Ihre Majestät die Königin

des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland:

The Right Honourable Sir Geoffrey Howe Q. C., M. P.,

Minister für Auswärtige und Commonwealth-
Angelegenheiten

Diese sind nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

In Artikel 79 Absatz 2 Buchstabe a des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wird folgender Unterabsatz hinzugefügt:

„Dieser Vertrag findet auf Grönland keine Anwendung.“

Artikel 2

In Artikel 131 Absatz 1 Satz 1 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird die Bezeichnung „Dänemark“ eingefügt.

Artikel 3

(1) Im Vierten Teil des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird folgender Artikel hinzugefügt:

„Artikel 136 a

Die Artikel 131 bis 136 sind auf Grönland anwendbar, vorbehaltlich der spezifischen Bestimmungen für Grönland in dem Protokoll über die Sonderregelung für Grönland im Anhang zu diesem Vertrag.“

(2) Das diesem Vertrag beigefügte Protokoll über die Sonderregelung für Grönland wird dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beigefügt. Das im Anhang zur Beitrittsakte vom 22. Januar 1972 enthaltene Protokoll Nr. 4 betreffend Grönland wird aufgehoben.

Artikel 4

Die Liste in Anhang IV des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird durch die Erwähnung Grönlands ergänzt.

Artikel 5

In Artikel 198 Absatz 3 Buchstabe a des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft wird folgender Unterabsatz hinzugefügt:

„Dieser Vertrag findet auf Grönland keine Anwendung.“

Artikel 6

(1) Dieser Vertrag wird von den Hohen Vertragsparteien gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt.

(2) Dieser Vertrag tritt am 1. Januar 1985 in Kraft. Sind bis dahin nicht alle Ratifikationsurkunden hinterlegt worden, so tritt er am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf die Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde des Unterzeichnerstaats folgt, der als letzter diese Förmlichkeit erfüllt.

Artikel 7

Dieser Vertrag ist in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei der Wortlaut in jeder dieser acht Sprachen gleichermaßen verbindlich ist; er wird im Archiv der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt, die der Regierung jedes anderen Unterzeichnerstaats eine beglaubigte Abschrift übermittelt.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter diesen Vertrag gesetzt.

Geschehen zu Brüssel am dreizehnten März neunzehnhundertvierundachtzig.

Protokoll über die Sonderregelung für Grönland

Artikel 1

(1) Die Behandlung von der gemeinsamen Fischereimarktorganisation unterliegenden Erzeugnissen mit Ursprung in Grönland bei der Einfuhr in die Gemeinschaft erfolgt unter Beachtung der Mechanismen der gemeinsamen Marktorganisation frei von Zöllen und Abgaben gleicher Wirkung sowie ohne mengenmäßige Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung, sofern die aufgrund eines Abkommens zwischen der Gemeinschaft und der für Grönland zuständigen Behörde eingeräumten Möglichkeiten des Zugangs der Gemeinschaft zu den grönländischen Fischereizonen für die Gemeinschaft zufriedenstellend sind.

(2) Alle die Einfuhrregelung für die genannten Erzeugnisse betreffenden Maßnahmen einschließlich derjenigen zur Einfuhr dieser Maßnahmen werden nach dem Verfahren des Artikels 43 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beschlossen.

Artikel 2

Die Kommission schlägt dem Rat, der mit qualifizierter Mehrheit beschließt, Übergangsmaßnahmen vor, die sie aufgrund des Inkrafttretens der neuen Regelung hinsichtlich der Wahrung der in der Zeit der Zugehörigkeit Grönlands zur Gemeinschaft erworbenen Rechtsansprüche der Personen und hinsichtlich der Regelung der Verhältnisse im Bereich der von der Gemeinschaft in dieser Zeit Grönland gewährten Finanzhilfe für notwendig erachtet.

Artikel 3

In Anhang I des Beschlusses des Rates vom 16. Dezember 1980 über die Assoziation der überseeischen Länder und Gebiete mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird folgendes hinzugefügt:

„6. Besonderes Gemeinwesen im Königreich Dänemark:
– Grönland.“

**Bekanntmachung
der deutsch-isländischen Vereinbarung
über die Außerkraftsetzung des Handelsabkommens vom 20. Mai 1954
und über die Bildung eines Regierungsausschusses für Wirtschaftsfragen
Vom 11. Dezember 1984**

Die durch Notenwechsel vom 27. November 1984 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Island geschlossene Vereinbarung über die einvernehmliche Beendigung des deutsch-isländischen Handelsabkommens vom 20. Mai 1954 (BAnz. Nr. 124/54) sowie über die Bildung eines Regierungsausschusses für Wirtschaftsfragen ist

am 27. November 1984

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 11. Dezember 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Reykjavik, den 27. November 1984

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

1. Das Handelsabkommen vom 20. Mai 1954 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Island ist insbesondere durch das Abkommen vom 22. Juli 1972 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Island gegenstandslos geworden. Die Gültigkeitsdauer des Abkommens vom 20. Mai 1954 und der Zusatzvereinbarungen und Anlagen soll deshalb mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung enden.
2. Zur Erörterung wirtschaftlicher Themen, die für beide Seiten von Interesse sind, werden die beiden Regierungen einen Regierungsausschuß für Wirtschaftsfragen bilden, der auf Wunsch einer der beiden Regierungen zusammentritt.
3. Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

gegenüber der Regierung der Republik Island innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

4. Die Vereinbarung gilt vom Datum des Inkrafttretens an unbefristet solange, bis sie von einer der beiden Regierungen unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten schriftlich gekündigt wird.

Falls sich die Regierung der Republik Island mit den unter Nummern 1 bis 4 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung ausdrückende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Jörg Krieg

An den
Außenminister
der Republik Island
Herrn Geir Hallgrímsson
Reykjavik

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Reykjavik, den 27. November 1984

Herr Botschafter,

ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 27. November 1984 zu bestätigen, mit welcher Sie im Namen Ihrer Regierung den Abschluß einer Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Island vorschlagen. Ihre Note lautet wie folgt:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß meine Regierung mit den in Ihrer Note enthaltenen Vorschlägen einverstanden ist. Ihre Note und diese Antwortnote bilden somit eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen, die mit dem Datum dieser Note in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Geir Hallgrímsson

An den
Botschafter der
Bundesrepublik
Deutschland
Reykjavik

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Zentralafrikanischen Republik
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 12. Dezember 1984

In Bangui ist am 8. November 1984 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Zentralafrikanischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 8. November 1984

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 12. Dezember 1984

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Ehmann

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Zentralafrikanischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Zentralafrikanischen Republik –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Zentralafrikanischen Republik,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Zentralafrikanischen Republik beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Zentralafrikanischen Republik, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, einen Finanzierungsbeitrag bis zu insgesamt 1 500 000,— DM (in Worten: eine Million fünfhunderttausend Deutsche Mark) für das Vorhaben „Ausbau von Regionalstraßen in Ouham-Pendé (Brückenbaumaßnahmen)“, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgehalten worden ist, zu erhalten.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Zentralafrikanischen Republik zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des Vorhabens „Ausbau von Regionalstraßen in Ouham-Pendé“ von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Zentralafrikanischen Republik durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrages, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie

das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrages zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Zentralafrikanischen Republik stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrages in der Zentralafrikanischen Republik erhoben werden, frei.

Artikel 4

Die Regierung der Zentralafrikanischen Republik überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Zentralafrikanischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Bangui am 8. November 1984 in zwei
Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache,
wobei jeder Wortlaut verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Harro Adt

Für die Regierung der Zentralafrikanischen Republik
Guy Darlan

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 12. Dezember 1984

In Antananarivo ist am 11. Oktober 1984 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 11. Oktober 1984

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 12. Dezember 1984

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Ehmann

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Republik Madagaskar,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Demokratischen Republik Madagaskar beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Ergebnisprotokoll der Regierungsverhandlungen vom 4. Juli 1984, Punkt 2.1.4 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zur Finanzierung der Devisenkosten für den Bezug von Waren und

Leistungen zur Deckung des laufenden notwendigen zivilen Bedarfs und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage ein Darlehen bis zu 7 500 000,— DM (in Worten: sieben Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark) zu erhalten. Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste handeln, für die die Lieferverträge beziehungsweise Leistungsverträge nach Unterzeichnung des nach Artikel 2 zu schließenden Vertrages abgeschlossen worden sind.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrages, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Darlehens zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrages in der Demokratischen Republik Madagaskar erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewäh-

rung ergebenden Lieferungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Antananarivo am 11. Oktober 1984 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Rouette

Für die Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar
Ampy Portos

Anlage
zum Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar
über Finanzielle Zusammenarbeit

1. Liste der Waren, die gemäß Artikel 1 des Regierungsabkommens vom 11. Oktober 1984 aus dem Darlehen finanziert werden können:

- a) Ausrüstungsgegenstände
- b) Ersatzteile und Materiallieferungen
- c) Grundstoffe und Halbfabrikate

Die Lieferungen sind aus der Bundesrepublik Deutschland zu beziehen.

Die vorgenannten Waren sind in erster Linie bestimmt

- a) für deutsch-madagassische Projekte der Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit
- b) für deutsch-madagassische Gemeinschaftsunternehmen (joint ventures) und
- c) für Unternehmen und Firmen, deren Gerätepark und Maschinen aus der Bundesrepublik Deutschland stammen.

2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.

3. Die Einfuhr von Luxusgütern und von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Darlehen ausgeschlossen.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Verhütung der
Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen
Vom 13. Dezember 1984**

Das Übereinkommen vom 29. Dezember 1972 über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen (BGBl. 1977 II S. 165, 180) ist nach seinem Artikel XIX Abs. 2 für

Italien

am 30. Mai 1984

in Kraft getreten.

Italien hat seine Ratifikationsurkunde am 30. April 1984 in Washington, London, Moskau und Mexiko hinterlegt und hat dabei erklärt, die italienische Regierung sei der Auffassung, daß das Übereinkommen nicht dahin ausgelegt werden könne, als modifiziere es in irgendeiner Weise den gegenwärtigen Stand des Völkerrechts hinsichtlich der Grundsätze der Staatenverantwortlichkeit.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 19. November 1984 (BGBl. II S. 1010).

Bonn, den 13. Dezember 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
von Änderungen der Berner Übereinkunft
zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst
Vom 13. Dezember 1984**

Die Versammlung des Berner Verbandes hat am 2. Oktober 1979 folgende Änderungen der Berner Übereinkunft vom 9. September 1886 zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst in der Pariser Fassung vom 24. Juli 1971 (BGBl. 1973 II S. 1069) beschlossen:

(Übersetzung)

- | | | |
|--|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> - in Article 22 (2) (a) (vi), "triennial" is replaced by "biennial"; - in Article 22 (4) (a), "third" is replaced by "second"; - in Article 23 (6) (a) (ii), "triennial" is replaced by "biennial"; - in Article 23 (6) (a), item (iii) is deleted; | <ul style="list-style-type: none"> - à l'article 22.2) a) vi), «triennal» est remplacé par «biennal»; - à l'article 22.4) a), «tous les trois ans» est remplacé par «tous les deux ans»; - à l'article 23.6) a) ii), «triennal» est remplacé par «biennal»; - à l'article 23.6) a), le point iii) est supprimé; | <ul style="list-style-type: none"> - in Artikel 22 Abs. 2 Buchstabe a Ziffer vi wird „Dreijahres-Haushaltsplan“ durch „Zweijahres-Haushaltsplan“ ersetzt; - in Artikel 22 Abs. 4 Buchstabe a wird „alle drei Jahre“ durch „alle zwei Jahre“ ersetzt; - in Artikel 23 Abs. 6 Buchstabe a Ziffer ii wird „Dreijahres-Haushaltsplans“ durch „Zweijahres-Haushaltsplans“ ersetzt; - in Artikel 23 Abs. 6 Buchstabe a wird Ziffer iii gestrichen. |
|--|---|--|

Die Änderungen sind gemäß Artikel 26 Abs. 3 der Übereinkunft am 19. November 1984 in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. August 1984 (BGBl. II S. 799).

Bonn, den 13. Dezember 1984

Der Bundesminister der Justiz
Im Auftrag
Krieger

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 17. Dezember 1984

In Dhaka ist am 14. November 1984 ein Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutsch-
land und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch
über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet wor-
den. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 14. November 1984

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 17. Dezember 1984

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Arnolds

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Volksrepublik Bangladesch

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volks-
republik Bangladesch,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen
durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festi-
gen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehun-
gen die Grundlage dieses Abkommen ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung
in der Volksrepublik Bangladesch beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Verhandlungsprotokoll vom
14. November 1984 über die Regierungsverhandlungen in
Dhaka vom 14. November 1984

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermög-
licht es der Regierung der Volksrepublik Bangladesch, von der

Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, Finanzie-
rungsbeiträge bis zu insgesamt 80 000 000,- DM (in Worten:
achtzig Millionen Deutsche Mark) zu erhalten.

2) Weitere Mittel zur Finanzierung der unter Absatz 3
Buchstaben c und d bezeichneten Vorhaben werden wie folgt
aufgebracht:

a) Aus den in Artikel 1 des Abkommens zwischen der Regie-
rung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung
der Volksrepublik Bangladesch über Finanzielle Zusam-
menarbeit vom 16. November 1982 zugesagten
15 000 000,- DM (in Worten: fünfzehn Millionen Deutsche
Mark) wird ein Finanzierungsbeitrag bis zu
14 400 000,- DM (in Worten: vierzehn Millionen vier-
hunderttausend Deutsche Mark) entnommen.

b) Der in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe d des Abkommens zwi-
schen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und
der Regierung der Volksrepublik Bangladesch über Finanzi-
elle Zusammenarbeit vom 17. Januar 1984 zugesagte
Finanzierungsbeitrag bis zu 10 000 000,- DM (in Worten:
zehn Millionen Deutsche Mark) wird umgewidmet.

3) Die Finanzierungsbeiträge gemäß Absatz 1 und 2 im
Gesamtbetrag von 104 400 000,- DM (in Worten: einhundert-
vier Millionen vierhunderttausend Deutsche Mark) werden wie
folgt verwendet:

a) bis zu 40 000 000,- DM (in Worten: vierzig Millionen Deut-
sche Mark) zur Finanzierung der Devisenkosten für den

Bezug von Waren und Leistungen zur Deckung des laufenden notwendigen zivilen Bedarfs und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage. Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste handeln, für die Lieferverträge oder Leistungsverträge nach dem 1. September 1984 abgeschlossen worden sind,

- b) bis zu 40 000 000,- DM (in Worten: vierzig Millionen Deutsche Mark) für das Vorhaben „Einführung der digitalen Vermittlungstechnik“, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist,
- c) bis zu 7 500 000,- DM (in Worten: sieben Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark) für die Aufstockung des Vorhabens „Bevölkerungsprogramm II“,
- d) bis zu 16 900 000,- DM (in Worten: sechzehn Millionen neunhunderttausend Deutsche Mark) für das Vorhaben „Eisenbahnsignalausrüstungen“, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Volksrepublik Bangladesch zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 3 Buchstaben b und d bezeichneten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

5) Die in Absatz 3 Buchstaben b und d bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge sowie die Bedingungen, zu denen sie gewährt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Regierung der Volksrepublik Bangladesch und der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu schließenden Finanzierungsverträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Geschehen zu Dhaka am 14. November 1984 in zwei Urschriften, jede in deutscher, bengalischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des bengalischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Botschafter
Dr. Walther Freiherr Marschall von Bieberstein

Für die Regierung der Volksrepublik Bangladesch
Joint Secretary A. Z. Khan
Ministry of Finance

Artikel 3

Die Regierung der Volksrepublik Bangladesch stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Finanzierungsverträge in der Volksrepublik Bangladesch erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Volksrepublik Bangladesch überläßt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Volksrepublik Bangladesch innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Anlage
zum Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch vom 14. November 1984
über Finanzielle Zusammenarbeit

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 Absatz 3 Buchstabe a des Regierungsabkommens vom 14. November 1984 aus dem Finanzierungsbeitrag finanziert werden können:
 - a) Industrielle Roh- und Hilfsstoffe sowie Halbfabrikate,
 - b) industrielle Ausrüstungen sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte,
 - c) Ersatz- und Zubehörteile aller Art,
 - d) Erzeugnisse der chemischen Industrie, insbesondere Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Arzneimittel und Farbstoffe,
 - e) Transportmittel,
 - f) sonstige gewerbliche Erzeugnisse, die für die Entwicklung der Volksrepublik Bangladesch von Bedeutung sind,
 - g) Beratungsleistungen, Patente und Lizenzgebühren.
2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.
3. Die Einfuhr von Luxusgütern und Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Darlehen ausgeschlossen.

Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Vereinigten Republik Tansania
über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 17. Dezember 1984

In Daressalam ist am 11. Oktober 1984 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Republik Tansania über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 11. Oktober 1984

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 17. Dezember 1984

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Arnolds

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Republik Tansania über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Vereinigten Republik Tansania –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten
Republik Tansania,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen
durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festi-
gen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehun-
gen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung
in der Vereinigten Republik Tansania beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll über die Ergebnisse
der deutsch-tansanischen Regierungskonsultationen vom
9. November 1983 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermög-
licht es der Regierung der Vereinigten Republik Tansania, von
der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, einen
Finanzierungsbeitrag bis zu 10 000 000,- DM (zehn Millionen
Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Der Finanzierungsbeitrag wird zur Finanzierung der Devi-
senkosten für den Bezug von Waren und Leistungen aus dem
deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens zur Deckung
des laufenden notwendigen zivilen Bedarfs und der im Zusam-
menhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devi-
sen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Mon-
tage verwendet. Es muß sich hierbei um Lieferungen und Lei-
stungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten
Liste handeln, für die die Lieferverträge bzw. Leistungsverträge
nach dem 1. September 1984 abgeschlossen worden sind.

Artikel 2

Die Verwendung des Finanzierungsbeitrags, die Bedingun-
gen, zu denen er gewährt wird, sowie das Verfahren der Auf-
tragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wie-

deraufbau und der Regierung der Vereinigten Republik Tansa-
nia zu schließende Finanzierungsvertrag, der den in der Bun-
desrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unter-
liegt.

Artikel 3

Die Regierung der Vereinigten Republik Tansania stellt die
Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und
sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang
mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten
Finanzierungsvertrags in der Vereinigten Republik Tansania
erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Vereinigten Republik Tansania überläßt
bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags
ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-
und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie
Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, wel-
che die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunterneh-
men mit Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Abkom-
mens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenen-
falls die für die Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erfor-
derlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt beson-
deren Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des
Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistun-
gen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin
bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich
des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Ber-
lin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutsch-
land gegenüber der Regierung der Vereinigten Republik Tan-
sania innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des
Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in
Kraft.

Geschehen zu Daressalam am 11. Oktober 1984 in zwei
Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei
jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Christel Steffler

Für die Regierung der Vereinigten Republik Tansania
Ruthinda

Anlage
zum Abkommen vom 11. Oktober 1984 zwischen der Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Vereinigten Republik Tansania
über Finanzielle Zusammenarbeit

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 des Regierungsabkommens vom 11. Oktober 1984 aus dem Finanzierungsbeitrag finanziert werden können:
 - a) Hauptbauteile (Drehgestelle und Dieselmotoren) und Ersatzteile für aus Mitteln der Programmbestimmten Warenhilfen I und II (AL 75 66 086 und AL 78 67 906) beschaffte Diesellokomotiven der Tanzania Railways Corporation;
 - b) zusätzliche Werkstattausrüstungen und weiterer Einsatz von Werkstattberatern zur Ergänzung der aus der Projektbestimmten Warenhilfe III (AL 78 67 914) finanzierten Lieferungen und Leistungen für die Tanzania Railways Corporation;
 - c) Hauptbauteile, Ersatzteile, Prüfstände und Fachkräfte zur Einweisung von Werkstattpersonal für die im Rahmen der Projektbestimmten Warenhilfen für die Tanzania-Zambia Railway Authority (TAZARA I, II und III; AL 80 67 563, AL 80 67 886 und AL 82 65 415) gelieferten Diesellokomotiven;
 - d) Chemikalien für die Spanplattenherstellung in dem Holzindustriekomplex Tembo Chipboards Ltd.;
 - e) Viehwaagen für die Tanzania Livestock Development Authority.

Die für die Lieferungen und Leistungen nach den Buchstaben a bis e annähernd vorgesehenen Beträge ergeben sich aus Ziffer 1 Absatz 2 des Memorandums über die Ergebnisse der tansanisch-deutschen Regierungskonsultationen vom 9. November 1983.
2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.
3. Die Einfuhr von Luxusgütern und von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Finanzierungsbeitrag ausgeschlossen.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Bekämpfung
widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt
Vom 17. Dezember 1984**

Das Übereinkommen vom 23. September 1971 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt (BGBl. 1977 II S. 1229) ist nach seinem Artikel 15 Abs. 4 für

Guinea	am 1. Juni 1984
Haiti	am 8. Juni 1984
Nauru	am 16. Juni 1984

in Kraft getreten.

Guinea hat seine Beitrittsurkunde am 2. Mai 1984 in Washington, Haiti seine Ratifikationsurkunde am 9. Mai 1984 in Washington und Nauru seine Beitrittsurkunde am 17. Mai 1984 in Washington hinterlegt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 18. Juni 1984 (BGBl. II S. 608).

Bonn, den 17. Dezember 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Bekämpfung
der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen
Vom 17. Dezember 1984**

Das Übereinkommen vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen (BGBl. 1972 II S. 1505) ist nach seinem Artikel 13 Abs. 4 für

Guinea	am 1. Juni 1984
Haiti	am 8. Juni 1984
Nauru	am 16. Juni 1984

in Kraft getreten.

Guinea hat seine Beitrittsurkunde am 2. Mai 1984 in Washington, Haiti seine Beitrittsurkunde am 9. Mai 1984 in Washington und Nauru seine Beitrittsurkunde am 17. Mai 1984 in Washington hinterlegt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 18. Juni 1984 (BGBl. II S. 610).

Bonn, den 17. Dezember 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Volksrepublik Kongo
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 18. Dezember 1984

In Brazzaville ist am 13. November 1984 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Kongo über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 13. November 1984

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 18. Dezember 1984

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Arnolds

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Volksrepublik Kongo
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Volksrepublik Kongo,

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Kongo,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Volksrepublik Kongo beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Volksrepublik Kongo oder einem anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfänger, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zwei Darlehen und für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des Vorhabens „Zementfabrik Cidolou in Loutété“ einen Finanzierungsbeitrag bis zu einem Gesamtbetrag von 5 Millionen DM (in Worten: fünf Millionen Deutsche Mark) zu erhalten, nämlich für die Vorhaben

a) Projektbestimmte Warenhilfe (ATC III) ein Darlehen bis zu 3 Millionen DM (in Worten: drei Millionen Deutsche Mark),

b) Wasserversorgung ländlicher Zentren (Phase II) ein Darlehen bis zu 1,5 Millionen DM (in Worten: eine Million fünfhunderttausend Deutsche Mark),

c) Managementunterstützung der Zementfabrik Cidolou in Loutété, Aufstockung des Finanzierungsbeitrages bis zu 500 000,- DM (in Worten: fünfhunderttausend Deutsche Mark),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Volksrepublik Kongo zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 aufgeführten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Kongo durch andere Vorhaben ersetzt werden. Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen gemäß Absatz 2 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden sowie das Verfahren der Auftragsvergabe, bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger der Darlehen und des Finanzierungsbeitrages zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung der Volksrepublik Kongo, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Volksrepublik Kongo stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Volksrepublik Kongo erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Volksrepublik Kongo überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses

Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Volksrepublik Kongo innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Brazzaville am 13. November 1984 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Armin Hiller

Für die Regierung der Volksrepublik Kongo
Der Botschafter, Generalsekretär
des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten
und Kooperation
W. A. Ndessabeka

Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Peru über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 19. Dezember 1984

In Lima ist am 22. November 1984 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Peru über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 22. November 1984

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 19. Dezember 1984

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Arnolds

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Peru über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Republik Peru –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Peru,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Peru beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Peru, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für die folgenden Vorhaben, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt ist, Darlehen zu erhalten:

- Bewässerungsprogramm südliche Andenzone:
bis zu 15 Millionen DM
(in Worten: fünfzehn Millionen Deutsche Mark);
- Bewässerungsvorhaben Jequetepeque:
bis zu 12 Millionen DM
(in Worten: zwölf Millionen Deutsche Mark);
- Ländliches Entwicklungsprogramm Oxapampa:
bis zu 20 Millionen DM
(in Worten: zwanzig Millionen Deutsche Mark).

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Peru zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 aufgeführten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Peru durch andere Vorhaben ersetzt werden. Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen gemäß Absatz 2

werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger der Darlehen zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Peru stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in Peru erhoben werden, frei.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Peru überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Peru innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Lima am zweiundzwanzigsten November
neunzehnhundertvierundachtzig, in zwei Urschriften, jede in
deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut
gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Hans-Joachim Hille
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland

Für die Regierung der Republik Peru
Dr. Luis Pérezovich Roca
Außenminister von Peru

**Bekanntmachung
zu dem Übereinkommen
über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel
und über die besonderen Beförderungsmittel,
die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP)**

Vom 20. Dezember 1984

Auf die mit Bekanntmachung vom 4. April 1984 (BGBl. II S. 459) veröffentlichten Einsprüche Frankreichs und Italiens gegen die Erklärung der Vereinigten Staaten zu Artikel 10 des Übereinkommens vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP) – BGBl. 1974 II S. 565 –, haben die Vereinigten Staaten dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 21. September 1984 folgendes notifiziert:

(Übersetzung)

"The United States considers that under the clear language of article 10 [of the Agreement], as confirmed by the negotiating history, any State party to the Agreement may file a declaration under that article. The United States therefore considers that the objections of Italy and France and the declarations that those nations will not be bound by the Agreement in their relations with the United States are unwarranted and regrettable. The United States reserves its rights with regard to this matter and proposes that the parties continue to attempt cooperatively to resolve the issue."

„Die Vereinigten Staaten sind der Auffassung, daß aufgrund der unmißverständlichen Formulierung des Artikels 10 [des Übereinkommens], die auch durch den Verhandlungsverlauf bestätigt wird, jeder Vertragsstaat des Übereinkommens eine Erklärung nach jenem Artikel abgeben kann. Die Vereinigten Staaten sind deshalb der Auffassung, daß die Einsprüche Italiens und Frankreichs und die Erklärungen, daß diese Staaten in ihrem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten durch das Übereinkommen nicht gebunden sein werden, ungerechtfertigt und bedauerlich sind. Die Vereinigten Staaten behalten sich ihre Rechte in dieser Angelegenheit vor und regen an, daß die Parteien sich weiterhin gemeinschaftlich um eine Lösung der Frage bemühen.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 24. Juni 1983 (BGBl. II S. 462) und vom 4. April 1984 (BGBl. II S. 459).

Bonn, den 20. Dezember 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Jamaika
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 20. Dezember 1984

In Kingston ist am 20. November 1984 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Jamaika über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 20. November 1984

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 20. Dezember 1984

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Arnolds

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Jamaika über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung von Jamaika –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jamaika,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Jamaika beizutragen –

sind unter Bezugnahme auf die Ergebnisniederschrift der Regierungsverhandlungen in Kingston vom 28. November bis 2. Dezember 1983 wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung von Jamaika oder anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, Darlehen und Finanzierungsbeiträge im Gesamtbetrag bis zu 30 000 000,00 DM (in Worten: dreißig Millionen Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Der in Absatz 1 genannte Betrag ist wie folgt zu verwenden:

- a) Darlehen bis zu insgesamt 23 000 000,- DM (in Worten: dreiundzwanzig Millionen Deutsche Mark) für die Finanzierung kleiner Wasserkraftwerke im Rahmen des jamaikanischen Energieprogramms, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit der einzelnen Vorhaben festgestellt worden ist;
- b) ein Darlehen bis zu 5 000 000,- DM (in Worten: fünf Millionen Deutsche Mark) zur Finanzierung der Devisenkosten für den Bezug von Waren und Leistungen zur Deckung des laufenden notwendigen zivilen Bedarfs und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage. Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste handeln, für die die Lieferverträge bzw. Leistungsverträge nach dem 2. Dezember 1983 abgeschlossen worden sind;
- c) Finanzierungsbeitrag bis zu insgesamt 2 000 000,- DM (in Worten: zwei Millionen Deutsche Mark) für die Einrichtung eines Studien- und Fachkräftefonds II zur Vorbereitung und Betreuung von Vorhaben der Finanziellen Zusammenarbeit.

(3) Das in Absatz 2 Buchstabe a bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Jamaika durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Der Finanzierungsbeitrag gemäß Absatz 2 Buchstabe c wird in ein Darlehen umgewandelt, wenn er nicht für solche Maßnahmen verwendet wird.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger der Darlehen und Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung von Jamaika, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin oder Empfängerin der Finanzierungsbeiträge ist, wird alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge oder etwaiger Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung von Jamaika stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in Jamaika erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung von Jamaika überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Ber-

lin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung von Jamaika innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Kingston am 20. November 1984 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Richard Wagner

Für die Regierung von Jamaika
Edward Seaga

Anlage
zum Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Jamaika über Finanzielle Zusammenarbeit

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b des Regierungsabkommens vom 20. November 1984 aus dem in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b genannten Darlehen finanziert werden können:
 - a) Industrielle Roh- und Hilfsstoffe sowie Halbfabrikate,
 - b) industrielle Ausrüstungen,
 - c) Ersatz- und Zubehörteile aller Art,
 - d) Erzeugnisse der chemischen Industrie,
 - e) sonstige gewerbliche Erzeugnisse, die für die Entwicklung von Jamaika von Bedeutung sind,
 - f) Beratungsleistungen, Patente und Lizenzgebühren.
2. Die vorgenannten Waren und Leistungen sind grundsätzlich zur Förderung nicht-traditioneller Industriezweige Jamaikas bestimmt. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.
3. Die Einfuhr von Luxusgütern und von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Darlehen ausgeschlossen.

Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Tunesischen Republik
über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 21. Dezember 1984

In Tunis ist am 30. März 1984 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 6

am 30. März 1984

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 21. Dezember 1984

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Arnolds

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Tunesischen Republik –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Tunesischen Republik beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Verhandlungen zwischen beiden Regierungen vom 2. bis 3. März 1982 in Bonn und das Verhandlungsprotokoll vom 4. März 1982 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

1. ermöglicht es der Regierung der Tunesischen Republik oder einem anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmer, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Beschaffung von 2 Fischtrawlern“ ein Darlehen bis zu 5,0 Millionen DM (in Worten: fünf Millionen Deutsche Mark) aufzunehmen,
2. erklärt sich grundsätzlich bereit, im Rahmen der bestehenden innerstaatlichen Richtlinien und bei Vorliegen der übrigen Deckungsvoraussetzungen Bürgschaften in Höhe von bis zu 4,2 Millionen DM (in Worten: vier Millionen zweihunderttausend Deutsche Mark) für den nicht aus Mitteln der Finanziellen Zusammenarbeit finanzierten Teil des Auftragswertes für solche Ausfuhrsgeschäfte zu übernehmen, die von Firmen mit Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens für die Durchführung des in Nummer 1 genannten Vorhabens abgeschlossen werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 erwähnten Beträge sowie die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt

werden, bestimmen die zwischen dem Darlehensnehmer und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung der Tunesischen Republik, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten des Darlehensnehmers aufgrund der nach Absatz 1 abzuschließenden Verträge garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Tunesischen Republik stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in Tunesien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Tunesischen Republik überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Tunesischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt rückwirkend mit der Unterzeichnung in Kraft, sobald die Regierung der Tunesischen Republik der Regierung der Bundesrepublik Deutschland notifiziert hat, daß die für das Inkrafttreten des Abkommens erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Geschehen zu Tunis am 30. März 1984 in zwei Urschriften,
jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder
Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Hans Kahle

Für die Regierung der Tunesischen Republik
Ahmed Ben Arfa

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Vertrags
zur Änderung des deutsch-österreichischen Vertrags
über zoll- und paßrechtliche Fragen,
die sich an der deutsch-österreichischen Grenze
bei Staustufen und Grenzbrücken ergeben**

Vom 21. Dezember 1984

Nach Artikel 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 28. August 1984 zu dem Vertrag vom 27. April 1983 zur Änderung des Vertrags vom 31. Mai 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über zoll- und paßrechtliche Fragen, die sich an der deutsch-österreichischen Grenze bei Staustufen und Grenzbrücken ergeben (BGBl. 1984 II S. 832) wird bekanntgemacht, daß der Vertrag vom 27. April 1983 nach seinem Artikel V Abs. 2

am 1. Februar 1984

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunden sind am 27. November 1984 in Wien ausgetauscht worden.

Bonn, den 21. Dezember 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über die Verlegung des Sitzes des Obersten Rückerstattungsgerichts
von Herford nach München**

Vom 29. Dezember 1984

Der Beschluß des Präsidiums des Obersten Rückerstattungsgerichts in Herford vom 23. September 1983 wird nachstehend bekanntgemacht. Die Regierungen der Drei Mächte und die Bundesregierung haben diesem Beschluß mittlerweile zugestimmt.

Bonn, den 29. Dezember 1984

Der Bundesminister der Justiz
Hans A. Engelhard

Auf Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird gemäß Artikel 1 Abs. 6 a der Satzung des Obersten Rückerstattungsgerichts vorbehaltlich der Zustimmung der Drei Mächte der Sitz des Gerichts zum 1. Januar 1985 von Herford nach München verlegt.

Herford, den 23. September 1983

Der Präsident
des Obersten Rückerstattungsgerichts
Gunnar Lagergren

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 54,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,65 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1983 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 5,95 DM (4,95 DM zuzüglich 1,- DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 6,75 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Gebühr bezahlt

Bundesgesetzblatt-Einbanddecken 1984

Auslieferung ab Februar 1985

Teil I: 16,70 DM (2 Einbanddecken) einschließlich Porto und Verpackung

Teil II: 8,35 DM (1 Einbanddecke) einschließlich Porto und Verpackung

7 % MwSt. sind enthalten

Ausführung: Halbleinen, Rücken mit Goldschrift, wie in den vergangenen Jahren

Hinweis: Einbanddecken für Teil I und Teil II können jetzt auch zur Fortsetzung bestellt werden.

Achtung: Zur Vermeidung von Doppellieferungen bitten wir vor Bestellaufgabe zu prüfen, ob Sie nicht schon einen Fortsetzungsauftrag auf Einbanddecken erteilt haben.

Die Titelblätter mit den Hinweisen für das Einbinden, die Zeitlichen Übersichten und die Sachverzeichnisse für den Jahrgang 1984 des Bundesgesetzblattes Teil I und Teil II liegen einer der nächsten Ausgaben des Bundesgesetzblattes 1985 Teil I bzw. Teil II im Rahmen des Abonnements bei.

Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H.
Vertriebsabteilung Bundesgesetzblatt · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1